

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolonialwaren zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 3.50, bei uns hands Mf. 2.93, bei uns hands am Ort Mf. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren: 10 Pf. für die erste Spalte, 5 Pf. für die zweite Spalte, 3 Pf. für die dritte Spalte, 2 Pf. für die vierte Spalte. Anzeigen für den 1. April 1912. Anzeigen für den 1. April 1912. Anzeigen für den 1. April 1912.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 100.

Breslau, Dienstag, den 30. April 1912.

23. Jahrgang.

Durchziehen!

Aus Berlin wird uns geschrieben: Seit ein paar Tagen sind die beiden Berliner Parlamente der Schauplatz leidenschaftlicher Machtkämpfe geworden. Das Zentrum hat dem Kriegsminister die Fehde angefangen. Mit der knappen Mehrheit von zwei Stimmen ist hintereinander gegen Zentrum und Rechte beschlossen worden, die Frage, aus welchen Mitteln die Kosten der neuen Wehrvorlagen zu decken sind, einer besonderen Kommission zu überweisen. Zwiischendurch streitet man über die überlebte Frage des Jesuitengeldes. Das mittlere Mittel hat die sozialdemokratische Fraktion mit vieler Mühe die wichtige Frage der Reform der Geschäftsordnung noch im Laufe der nächsten Woche erledigt werden soll.

So wird neben der kleinen Strafgesetznovelle wohl auch die neue Geschäftsordnung, die die Stellung des Parlaments gegenüber der Regierung einigermaßen stärkt, zu den positiven Erträgen der laufenden Session zu rechnen sein. Hoffentlich wird es der Sozialdemokratie auch gelingen, eine anständige Erhöhung der Mannschafslöhne schon ab 1. Oktober d. J. zu erzwingen. Ob es dagegen gelingen wird, die Kosten der neuen Wehrvorlagen, deren Annahme kaum zu verhindern ist, den bestehenden Klassen aufzuerlegen — durch Einführung einer Erbschaftsteuer bei gleichzeitiger Abschaffung besonders drückender indirekter Steuern — ist eine der großen Fragen der nächsten Zeit. Die durch Erschließung neuer Steuerquellen verstärkte Finanzkraft des Reiches soll aber auch dazu benutzt werden, die Grenze der Altersversicherung von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen. Auch darum wird es lebhaft Kämpfe geben.

Alle schwebenden Fragen der Reichspolitik treten aber an Bedeutung weit zurück hinter der preussischen Wahlrechtsfrage, die in den Verhandlungen des Dreiklassenhauses bei der Beratung des Stats des Ministers des Innern aufs neue angeschnitten worden ist. Wie haben gehört, mit welcher schroffen Entschiedenheit der preussische Polizeiminister die Erfüllung des künftigen Versprechens vom 20. Oktober 1908 verweigert! Wir haben gesehen, mit welcher dreisten Rücksichtslosigkeit sich der Herrenmenschen im preussischen Dreiklassenhaus auf die sechs Volksvertreter stürzten, die die Forderung des Volkes nach einem gerechten Wahlsystem mit anerkanntem Wert mitunter verteidigt. Heute heult und jehet der ganze reaktionäre Klüngel über den schlechten Ton der sozialdemokratischen Abgeordneten. Aber es wird noch in ganz anderem Ton und in ganz anderer Weise mit diesen Herrschaften gesprochen werden dürfen, bis sie erkennen, daß sie das Verlangen der Massen nach einem neuen Wahlgesetz nicht länger mißachten dürfen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus beantwortet man den Schrei des Volkes nach Recht mit einem Schrei nach Völlerei. Aber die Geschichte aller Wahlrechtsbewegungen hat gezeigt, daß sich Wahlrechtsfragen mit Dienstvolbern und geschlossenen Säbeln nicht entscheiden lassen. Jede Regierung hat versichert, daß sie sich durch „Argumente der Straße“ nichts abtropfen lassen werde, aber auch der König von Preußen hat sich veranlaßt gesehen, von der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart zu sprechen, nachdem unter den Fenstern seines Berliner Schlosses die Töne der Wahlrechtsmarzellatje erklingen waren.

Seit jener Zeit hat sich das preussische Volk sehr artig und still verhalten. Die Regierung, die sich nach ihren Erklärungen durch stürmische Demonstrationen nichts abtropfen lassen wollte, hat reichlich Zeit gefunden, zu zeigen, was einem geduldbigen, braven Volke gerne gewährt wird, was man einem ungeduldbigen, leidenschaftlich fordernden verweigert. Was ist aber der Lohn für diese unerhörte Geduld und Bravheit? Mühe Beschimpfungen der Sozialdemokratie durch die Gegner und eine Erklärung des Ministers, daß auf eine Erfüllung des künftigen Wahlreformversprechens nun erst recht nicht zu rechnen sei.

Und was ist der Grund für diesen offenen Bruch eines gegebenen Versprechens? Herr v. Dallwitz sagt es! Bei den letzten Reichstagswahlen haben sich die Wähler, auch die Wähler „gewisser bürgerlicher Parteien“, nicht so verhalten, wie es Herr v. Dallwitz im Interesse der Partei, der er früher als Abgeordneter angehörte, gewünscht haben würde. Millionen haben sich um die Fahne der schärfsten Opposition geschart, und selbst bürgerliche Wähler haben in der Stichwahl zwischen sozialdemokratischen Wahlrechtsforderern und konservativen Verteidigern der preussischen Gewalt und Ständeherrschaft nicht unbedenken den letzteren ihre Stimme gegeben. Für diese „schlechte“ Wahl sollen nun die Wähler nach alter preussischer Landratsstaktik bestraft werden. Und die Strafnachricht, die man ihnen auferlegt, heißt Verweigerung des preussischen Dreiklassenwahlrechts.

Angefaßt solcher Tatsachen muß wieder und immer wieder gefragt werden: Darf sich ein Volk, in dem eine Stimme freibewilligen Empfindens lebt, darf sich ein Volk, dem die Begriffe von Recht und Ehre noch nicht völlig

untergegangen sind, eine solche Behandlung durch einen preussischen Polizeiminister gefallen lassen? Wer sind denn unsere Dallwitz oder Bethmann-Hollweg, daß sie in solchen Tönen zum preussischen Volke zu sprechen wagen? Was ist ihre staatsmännische Bedeutung, wo sind ihre geschichtlichen Verdienste? Was haben sie geleistet, das sie als Gegengewicht gegen solche Taten in die Waagschale zu werfen haben?

Erziehung zum Kadavergehorsam, Appell an die Furcht sind die letzten Trümmer konservativer Staatsweisheit. Polizei und Staatsanwalt gegen des Zivil, das es wagt, sich gegen seine gottgegebene Abhängigkeit von der adeligen Krieger-, Gutsherr- und Beamtenkaste aufzulehnen.

Das preussische Volk kennt aber diese angenehmen Manieren viel zu gut, daß es sich durch sie ins Bodshorn jagen lassen könnte. Es liest die Berichte, die abenteuerlichen Ereignisse, die sich jetzt im preussischen Abgeordnetenhaus abspielen, mit der Aufmerksamkeit, die sie verdienen, und sagt sich: Drückt nur, heult nur, droht nur, wir kommen ja doch zum Ziel! Letzten Endes sind wir doch stärker als Ihr!

Mit kaltblütiger Entschlossenheit werden wir unseren Weg weitergehen. Jetzt erst recht, die Zähne zusammenbeißen und durchziehen!

Die Politik der preussischen Regierung wird selbst den Nationalliberalen des Dreiklassenhauses bedenklich; in einem die Stimmung der Nationalliberalen widerspiegelnden Artikel, überschrieben „Im reaktionären Klebwafer“, nimmt die „Völkische Zeitung“ Stellung zu der letzten Rede des preussischen Ministers des Innern v. Dallwitz. Das Organ des rheinischen Nationalliberalismus sagt:

„Sinnlichlich der Wahlreform, des Vereins- und Versammlungsrechts und der einseitigen politischen Beeinflussung der Bevölkerung durch die Landräte habe die Verhandlung des Abgeordnetenhauses selbst den leisesten und bescheidensten liberalen Hoffnungen eine große Enttäuschung gebracht. Eine so ausgesprochen reaktionäre Rede habe Herr v. Dallwitz noch nicht gehalten. Auch bei Äußerungen, die den größten Teil von Preußen betreffen, habe Dallwitz „eine Mischung von Scherz und Spott über die Beschwerdeführer-erzogen lassen, die durchaus nicht der Bedeutung der Frage gerecht wurde“. Die Vergewaltigung der Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes habe der Minister bei aller Versenklichkeit entschuldigend und dadurch den dagegen gerichteten Erlassen die Spitze abgebrochen. De vom Minister angeführte „schwierige Interpretation“ des Gesetzes sei ein wohl ausgeklügeltes System agrarischer und konservativer Bestrebungen, um Liberalen und Sozialdemokraten die ihnen gesetzlich gewährleistete Beteiligung unmöglich zu machen. Der Artikel schließt: „Die Wahlreform jehet der Minister auf den griechischen Kalender. Man konnte aus der Rede des Herrn v. Dallwitz den Eindruck gewinnen, als ob man im preussischen Ministerium des Innern geneigt sei, die Niedertrampung der Sozialdemokratie in den Vordergrund aller Aufgaben zu stellen und nach dieser Aufgabe alle anderen zu orientieren. Das wäre eine Erfüllung konservativer Wünsche. Wir möchten hoffen, daß der Segel trägt, denn nach den Rezepten derer um Seydbrand kann man wohl Sozialdemokraten züchten, nimmermehr aber die sozialdemokratische Bewegung aus der Welt schaffen.“

Politische Uebersicht.

Fortsetzung des Krachcs.

Der Krach, den die provokatorische Rede des Oberstabschefs v. Belding im Dreiklassenhaus entfesselt hat, ist schließlich zu einem solennen Krach der vereinigten Reaktion geworden. Die Debatte am Sonnabend eröffnete der konservative Ministerpräsident a. D. Sommer zwar wieder mit einer Schimpfrede gegen die Sozialdemokraten und Fortschrittler, aber er konnte nicht hindern, daß die weitere Debatte fast ganz beherrscht war von der Wahlrechtsfrage. Dabei hielt der Zentrumsabgeordnete Well eine echt jesuitische Rede, die zuerst erklärt, man wolle unbedingt das Reichstagswahlrecht, dann aber hinzusetzt, weil das Reichstagswahlrecht nicht zu erlangen sei, müsse man auch das bloß geheime und direkte Wahlrecht verwerfen. Die Nationalliberalen hintereinander wollen zwar nicht, wie der Freikonservative v. Wobner, ein Verzicht auf die Wahlrecht, wohl aber wünschen sie, daß mit der Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts die Drittelung in den Wahlbezirken aufgehoben werde, damit der Geldsack noch mehr, als schon jetzt, zum eigentlichen Prinzip der preussischen Landtagswahlen erhoben werde. Von den Konservativen weiß man, daß sie jede Aenderung des geltenden Ständewahlrechts, des elendesten aller Wahlssysteme, verwerfen, und so bleiben in der Tat nur die Sozialdemokraten und Fortschrittler als Anwälte einer gerechten Wahlreform übrig.

Wenn auch unseren Genossen das Wort zur Erwiderung auf die Angriffe von nicht weniger als zehn bürgerlichen Rednern abgefordert wurde, nachdem nach der Fortschrittler Dr. Wagners mit der Rede gegen seine Partei wegen des Stichwahlabkommens trefflich abgerechnet hatte, so blieben der Dreiklassenmehrheit eine schärfere

lung ihres ganzen Verhaltens in diesen Tagen nicht erspart, die von den Genossen Girsch, Leinert und Diebsknecht vollzogen wurde.

Die Angst vor den preussischen Neuwahlen.

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt die konservative Presse die Auseinandersetzungen in der nationalliberalen Partei, und durch ihre leidenschaftliche Parteinarbeit beweist sie deutlich genug, daß es sich nach ihrer Auffassung hier nicht nur um die Schicksalsfrage des Nationalliberalismus, sondern auch um die der konservativen Junkerherrschaft handelt. Jetzt verrät die „Kreuzzeitung“ die tiefe Sorge ihres Herzens, indem sie in einem neuen Artikel über die Vorgänge im nationalliberalen Lager die „Gefahr“ des Jungliberalismus in düsteren Farben schildert, um zum Schluß auszuführen:

Bei den Wahlen zum Landtag im nächsten Jahre ist die Gefahr aber infolgedessen noch viel größer, als bei einigen industriellen Wahlkreisen im Westen, teilweise auch anderswärts, die Möglichkeit einer liberalen, sozialistischen Koalition durchaus nicht ausgeschlossen ist. Nicht nur der jungliberale Terror wie bisher besteht, so ist dem Liberalismus ein solches Handeln, wie die Vergangenheit beweist, mit Ausnahme zugunsten, denn allerdings könnten auf diese Art und Weise dem Zentrum einige Mandate abgenommen werden. Das aber hierbei der sozialistische Teil nicht ohne eigenen erheblichen Vorteil mitwirken würde, ist ebenso sicher zu erwarten, wie die Verantwortlichkeit der im Wasserbauischen Sinne erzeugten Liberalen, ein diesbezügliches Anrecht billig anerkennen. Nicht daher eine solche Gefahr durch einen Sieg der Jungliberalen oder eine Verflechtung des bestehenden Mittels, was einem solchen Siege gleichkommen würde, näher, so werden die anderen Parteien die Pflicht haben, ihrerseits das Maß zu tun, um der Industrie und den mittelständlichen Elementen aller liberaler Richtung eine angemessene Interessenvertretung zu schaffen als wie sie diese nach unzulässiger und Wasser-männischen Rezepten zu erwarten haben werden.

Diese Fragen liegen keineswegs mehr in so ferner Zukunft, als daß man nicht gut late. Sie schon bei den jetzigen Auseinandersetzungen im nationalliberalen Lager ins Auge zu fassen.

Theoretisch ist die „Kreuzzeitung“ vollständig im Recht. Gabe es in Deutschland einen Liberalismus, der es wirklich darauf anlegte, die Junkerherrschaft zu beseitigen, dann würden sich auch unter dem elendesten aller Wahlrechte vielleicht Mittel und Wege gefunden haben, um dem Volkswillen selbst im Dreiklassenhaus zu stärkerer Geltung zu verhelfen. Praktisch liegt die Sache aber so, daß mit einer ersten Unterstützung des preussischen Wahlrechtskampfes auch durch einen jungliberal gewordenen Nationalliberalismus schlechterdings nicht zu rechnen ist. Darum ist die Angst der „Kreuzzeitung“ vor den preussischen Neuwahlen zum mindesten übertrieben. Mit Bundesgenossen, die sich nicht einmal dazu aufraffen, die Forderung des gleichen Wahlrechts anzuerkennen, kann die Sozialdemokratie beim besten Willen nichts anfangen.

Serren der Luft und Heloten des Kapitals.

„Denn den Männern, die als Pioniere einer neuen großen Kultur aufgabe in dem patriotischen Bestreben, Deutschland auch auf diesem Gebiete einen ebenbürtigen Platz im Weltkreis der Nationen zu sichern, ihr Leben einbringen, gebührt die werktätige Unterstützung der ganzen Nation.“

Diese Worte der Huldigung enthält der kürzlich veröffentlichte Aufruf zur Sammlung einer Nationalflugspende, dessen Unterzeichner uns hoffentlich dankbar sein werden, wenn wir sie darauf aufmerksam machen, welche Behandlung „den Männern, den Pionieren einer neuen großen Kultur aufgabe“ in der kapitalistischen Praxis zuteil wird. Vor wenigen Wochen berichtete die Zeitschrift des Bundes der technischen industriellen Beamten über das Geheimabkommen der deutschen Flugzeugfabriken, das wohlverdient, in allen Sammelstellen für die Nationalflugspende zum Ausgang gebracht zu werden.

August Euler, Griesheim-Frankfurt a. M., als Vorsitzender und im traulichen Verein mit ihm die Namen Hans Grabe, Fliegerwerke Dornier, Edmund Humpler, Luftfahrzeugbau, G. m. b. H., Lichtenberg, Flugmaschine Wright, G. m. b. H., Berlin W., Wiatil, G. m. b. H., Mühlhausen i. C., Dornier-Flugzeug, G. m. b. H., Berlin und die Parlan-Werke, G. m. b. H., Johannistal, sind sich darüber einig geworden, keiner früheren Angelegenheiten eines der angeschlossenen Betriebe bei sich zu beschäftigen, wenn der frühere Arbeitgeber dagegen Widerspruch erhebt. Diese geheime schwarze Liste erstreckt sich nicht bloß auf die in der eigentlichen Fabrikation beschäftigten Angestellten, sondern auch auf die Piloten, die im Lustringe irgend einer der Firmen fliegen.

Ueber einen bestimmten Prozentsatz hinaus darf ferner keine der angeschlossenen Firmen den Piloten einen Anteil an den Gewinnen nicht leicht verbieten. Die Innehaltung des Abkommens ist an schwerere Konventionalklauseln geknüpft und der Ausschluß droht demjenigen, der es wagt, einen tüchtigen Angestellten gegen den Willen eines der Teilnehmer zu beschäftigen.

So zeigt sich, bemerkt das Organ des Bundes der Techniker und Ingenieure, auch bei dieser „höchsten“ — technischen Erzeugnisse — unserer ganzen Wirtschaftsepoche eigene Widersprüche zwischen technischem und sozialem Fortschritt. Es ist ein

verhängnisvoller Irrtum, dem leider immer wieder weite Kreise der Gesellschaft erliegen, wenn man glaubt, daß der technische Fortschritt allein die Menschheit auf einen höheren Grad der geistigen und wirtschaftlichen Freiheit hebt. Gerade das Geheimabkommen der deutschen Flugzeugfabriken lehrt, wie falsch diese Annahme ist. Der Mann, der sich frei in die Lüste erhebt, ist gleichzeitig ein Unterdrücker des Kapitals geworden; der Erfinder, der die technische Möglichkeit zu diesem Werke schafft, gerät in schließliche wirtschaftliche Abhängigkeit.

Dem Komitee für die Nationalflugspende gehören sehr einflussreiche Führer und Abgeordnete der konservativen, liberalen, nationalliberalen und freisinnigen Partei, führende Männer der Finanz- und Industrie, hohe Beamte und Militärs, sowie Verleger der großen bürgerlichen Blätter an, deren Pflicht es wäre, für eine schnelle Aufhebung der durch Geheimabkommen verschärfte wirtschaftlichen Abhängigkeit der Flieger, der Pioniere der Luft, zu sorgen.

Die Öffentlichkeit wartet auf die Kunde dieses Tuns.

Ostelbische Freiheit.

Vom Terrorismus der Konservativen in Ostelbien erwirkt ein hervorragendes Mitglied der nationalliberalen Partei in der „National-Zeitung“ dieses anschauliche Bild:

Wir stehen hier wie überall in Ostelbien schon als national empfindende Deutsche im schärfsten Gegensatz zu dem Agrarier, das durch seine ausländischen Wanderarbeiter nach und nach bisher rein deutsche und rein evangelische Gegenden mit volkischen und ultramontanen Insten durchsetzt. Wehe aber dem, der hier auf das Gefährliche dieser Entwicklung hinarbeitet! Mit den rücksichtslosesten Mitteln, mit gesellschaftlichen und geschäftlichen Boykott, wird das Bürgerium in der Provinz von den Großagrariern geknechtet und so daran gehindert, seine politischen Grundsätze offen zu vertreten. Hier darf kein Geschäftsmann, kein Arzt, kein Rechtsanwalt, kein Apotheker es wagen, öffentlich für eine der liberalen Parteien einzutreten, in kurzer Zeit stünde ihnen der sichere Ruin bevor. Hier sind die Beamten unabhängig als die Geschäftsleute und sie haben denn auch die letzte Wahlarbeit zum größten Teil geleistet. Dieser Druck, der allenthalben in der Provinz auf dem Bürgerium lastet, kann nur durch einen scharfen Kampf gegen rechts, gegen den Bund der Landwirte überwunden werden.

Also die Beamten, die unter der Zucht der Minister stehen, sind an den allgemeinen Verhältnissen gemessen, noch die „freien“ Bürger Osteliens! Das klingt wie ein bitterböser Simplicissimusstreich, zumal die nationalliberale Partei selbst im preussischen Abgeordnetenhaus über die Drangsalierung und Spülkammerung der ihr zugehörigen Beamten im Osten lebhafteste Klage geführt hat. Trotzdem haben die konservativen Knüttelregenten von Deutsch-Ost noch die Stirn — gegen „sozialdemokratischen Terrorismus“ zu wettern, gegen ihn Ausnahmegeetze zu fordern!

Die Stichwahl in Barel-Jever ist auf Mittwoch, den 8. Mai, festgesetzt. Nach dem amtlichen Resultat erhielten: Aug. (Soz.) 12.557, Dr. Wiemer (fortschr.) 10.901, Albrecht (natl.) 1898, Hammerstein (Agrarier) 998 Stimmen, die Zahlen stimmen mit der von uns am Sonnabend mitgeteilten ziemlich überein.

Im Anschluß an eine Betrachtung über den Wahlausfall in Barel-Jever sagt die „Kreuzzeitung“ über das Verhalten der Bündler bei der Stichwahl:

„Diese Stimmen werden bei der Stichwahl nicht in Betracht kommen, für sie ist schon von vornherein Wahlenthaltung als Parole ausgegeben. Für Dr. Wiemer müssen also die nationalliberalen Wähler Mann für Mann eintreten, wenn er auch nur den schon vorhandenen Vorsprung Fugs einholen soll. Ob das den größtenteils rechtsnationalen Wählern so leicht wird, wenn sie daran denken, daß dem schmachtvollen fortschrittlich-sozialdemokratischen Geheimbündnis, für das gerade Dr. Wiemer als Führer verantwortlich ist, fünf nationalliberale Mandate zum Opfer gefallen sind?“

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

45]

„Was!“ sagte der Kammerherr lächelnd, „er muß wissen, was alle Welt weiß.“
„Und was weiß alle Welt?“ fragte sie.
„Zuerst Lina“, sagte Branden, „Ihr edles Herz hat in der Tiefe gesucht.“
„Und ich habe eine Perle gefunden“, rief sie mit leuchtenden Augen.
„Ganz gewiß eine Perle, wenn auch in harter Schale; aber wenn diese Perle zum glänzenden Schmucke gemacht wird, um eine Königin zu zieren, so muß sie doch nie vergessen, daß die Hand, die sie dazu erhob, sie auch von sich abtun und in die alte Dunkelheit werfen kann.“
„Ein prächtiges Bild, Branden“, rief Lina lachend. „Das haben Sie nicht erdacht; gefehen Sie es ein.“
„Es ist möglich, daß irgend etwas ähnliches Walbemar neulich an mich geschrieben hat.“
„Sehr gültig von ihm, und ohne Zweifel erzählen sich die feinen Leute dort — sie deutete auf die ferne Stadt — daß Lina das Wachs ist, das von mir oder meinem Vater, gefertigt wird.“
„Zuerst Freundin“, sagte der Kammerherr ergründend, „die Welt urteilt immer nach dem Schein. Man weiß, wie sehr Sie Lina begünstigen; man kennt auch den Einfluß des Staatsrats. Ein Mensch, der schnell aus der Dunkelheit hervorgegangen ist, der nichts hat.“
„Als ich die Perle fand“, rief Lina beglückseligt, „in allerdinge immer ein Gegenstand der Bosheit und Gemeinheit. Man verläumdet Lina, man spottet über ihn und mich. Ich kann es ertragen, er auch; aber es elend mich an, diese Menschen zu sehen, die nicht wert sind, ihm die Schatzkammer zu öffnen, doch welche Lachheit! Niemand wird Lina sich demütigen. Ein solcher Mensch, wie der seine, muß übergenötigt werden; und wenn das nicht geschieht, kann ich nicht leben.“
„Was fürchten Sie denn?“ fragte Branden, als sie abtrat.
„Nichts, nichts!“ lachte Branden, „Lina, nur das eine fürchte ich: Lina wird bei weitem nicht so liebenswürdig werden, wie Sie es sind. Was gab es gestern in Frederiksborg? Erzählen Sie mir eine Postgeschichte. Wie sah der König aus?“
„Er sah aus“, erwiderte der Kammerherr, „war feiner, wie in besserer Lage. Sie können seine Art, Fragen und Antworten abzufragen.“
„Sagen Sie auch eine belauschte?“

Ein aufrichtiger Kerl. In der Sitzung der Reichstagskommission für das Staatsangehörigkeitsgesetz vom 26. April spielte sich ein Vorgang ab, der bezeichnend ist für die Ehrlichkeit der Zentrumstaktik. Gegen den von den Sozialdemokraten gestellten Antrag, daß eine Deutsche, die einen Staatslofen beirätet, durch die Eingehung der Ehe ihre deutsche Staatsangehörigkeit nicht verlieren soll, war so wenig einzubringen, daß der Abg. Decker-Arnstberg sofort nach der Begründung des Antrages sich mit einem Fraktionskollegen entschloß, das für zu stimmen. Den übrigen Fraktionsmitgliedern war das sehr unangenehm, denn sie befürchteten, daß dadurch der sozialdemokratische Antrag angenommen würde. Sie suchten daher Herrn Decker durch private Unterredung von seinem Entschluß abzuwenden. Decker antwortete im Privatgespräch, er bleibe bei der Zustimmung, die ja ganz und ebenmäßig sei, da insolge der Abwesenheit eines freisinnigen Vertreters die Ablehnung des Antrages mit Stimmengleichheit feststehe! Beide Zentrumredner, die für den Antrag stimmen wollten, meldeten sich zum Wort, und als der eine mit scharfer Begründung die Notwendigkeit der Annahme des Antrages dargelegt hatte, erklärte Decker, daß er nun, nachdem seine Anschauung zum Ausdruck gekommen, aufs Wort verzichten könne. Im Moment der Abstimmung erschien unerwartet das bis dahin fehlende freisinnige Kommissionsmitglied, durch dessen Stimme die Annahme des sozialdemokratischen Antrages mit 11 gegen 10 Stimmen gesichert gewesen wäre. Was tat nunmehr der gesinnungstüchtige Herr Decker? Er führte durch Stimmenthaltung Stimmengleichheit herbei, um so die Annahme des Antrages zu verhindern für den er kurz zuvor einen Fraktionskollegen selbst gewonnen hatte. Mit solchen Mitteln bekundeten die Arbeitervertreter des Zentrums im politischen wie im gewerkschaftlichen Kampf ihre christliche Aufrichtigkeit, die allerdings durchaus übereinstimmt mit der gereiften Taktik der Zentrumsführer.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung des Gesetzes über Befreiung des Branntweinkontingents setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Konservativ: Graf von Garner (Jägerwitz), Dietrich, Meyer (Kreuzburg), Meißel, Vogt (Kraußheim); Zentrum: Herold, Krings (Neuwied), Müller (Jülich), Richter, Graf von und zu Sandjell, Sperlich, Dr. Jechter (Vorherr); Volk: Graf von Brudzewo, Melzowski (Stellvertreter des Vorsitzenden); Nationalliberal: Köstlich, Dr. Baasche, Sieg; Fortschrittliche Volkspartei: Dr. Doormann, Leube, Dr. Müller (Meiningen), Schmeichardt; Sozialdemokraten: Dr. David, Davidsohn, Dr. Frank, Hildebrand, Hoffmann (Kaiserlautern), Dr. Südekum, Taubadel, Wurm.

Die Geschäftsordnungsreform des Dreiklassenhauses wird in der Kommission eifrig weiter betrieben. In der Freitagssitzung der Geschäftsordnungskommission gaben die Konservativen plötzlich dem Wunsch nach einem Diätengesetz Ausdruck, wobei sie das samstägliche Diätengesetz des Reichstages als Muster angeführt haben wollten. Mamentlich lag ihnen an der Einführung von Abwesenheitsgeldern und der Freifahrt. Nun scheiterte dieses Projekt an dem Einspruch des fortschrittlichen Kommissionsmitgliedes, das ausführte, daß eine solche Beratung über den der Kommission gestellten Antrag hinausgehe. Dann wurde die Reform des Interpellationswesens beraten. Es wurde beschlossen, daß die Interpellation spätestens in der übernächsten Sitzung auf die Tagesordnung gestellt und die Frage an den Minister gerichtet werden müsse, ob und wann er die Interpellation beantworten wolle.

Weiter wurde auf konservativen Antrag beschlossen, daß das Haus selbständig die Besprechung einer Interpellation beschließen könne, wenn der Minister innerhalb 30 Tagen nach Einbringung der Interpellation entweder ihre Beantwortung abgelehnt oder sich darüber nicht geäußert hat.

Die Reichsversicherungsordnung im württembergischen Landtage. Der württembergische Landtag steht jetzt bei der Beratung des Ausführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung. Eine der wichtigsten Entscheidungen ist am Freitag gefallen. Entsprechend einem sozialdemokratischen Antrag wurde mit 47 gegen 36 Stimmen beschlossen, das Landesversicherungsamt, das bisher von sozialerem und humanerem Geiste erfüllt war, als das Reichsversicherungsamt beizubehalten. Ebenso wurde nach einem sozialdemokratischen Antrag beschlossen, in Württemberg vier Oberversicherungsämter zu errichten. Der Regierungsentwurf wollte nur ein Oberversicherungsamt und das Landesversicherungsamt fallen lassen. Ein Versuch des Zentrums, die Frage der Erhaltung der vier veralteten Kreisregierungen mit der Frage, ob ein oder vier Oberversicherungsämter zu schaffen seien, zu verquickeln, scheiterte. Die Kreisregierungen werden durch eine aus Sozialdemokraten und Liberalen be-

stehende Mehrheit abgelehnt. Die Errichtung von vier Oberversicherungsämtern wurde von einer aus Sozialdemokraten, Zentrum und einigen Landwirtsbündern bestehenden Mehrheit beschlossen. In beiden Fällen legte die Sozialdemokratie ihren Standpunkt durch.

Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses hat Freitagabend einen nationalliberalen Antrag, wonach der Landrat nicht mehr ohne weiteres Vorsitzender der Veranlagungskommission sein soll, gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten abgelehnt. Es soll all beim alten bleiben.

Offizielle Abwehr. In ihrem Wochen-Rückblick kommt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ auf die Aktion des Zentrums gegen den Kriegsminister zurück und bemerkt dazu: „Die Angelegenheit wird, wie der Kriegsminister in seiner Erklärung im Reichstag mitteilte, in der Kommission den Gegenstand weiterer Erörterungen bilden. Wir wollen diese Erörterungen nicht vorgereifen lassen, aber schon jetzt Verwahrung gegen die heftigen, in der Form und in der Sache weit über das Ziel hinauschießenden Angriffe auf die Rabinetsborder und auf die Person des Kriegsministers einlegen.“ Bald werden sie sich wieder vertragen.

Der Abgeordnete Friedberg hat sich in einem Brief an den Vorsitzenden des nationalliberalen Vereins in Peine über die Krise in der Partei ausgelassen und bestritten natürlich, daß er sich bei dem Vorstoß gegen die Jungliberalen um etwas anderes als eine Frage der Organisation handle.

Mit welcher Befriedigung aber gerade Herr Friedberg die Geschichte der Rechten befragt, dafür liefern die nationalliberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ einen neuen Beleg. Der Abgeordnete Wachhoff wollte zugunsten des Präsidenten des Bauernbundes, Bachhorst de Wente, auf sein Landtagsmandat verzichten.

Diesem Plan — so erzählt das Münchener Blatt — trat jedoch der Führer der nationalliberalen preussischen Landtagsfraktion, Herr Friedberg, mit andern nationalliberalen entgegen, indem er darauf hinwies, daß durch die jetzige Auffassung Bachhorst de Wentes in die preussische Landtagsfraktion deren gutes Verhältnis zur Rechten eine Trübung erfahren könnte.

Aus dieser Rücksichtnahme unterließ denn auch der Mandatswechsel.

Ein Jugendauschuss kein Verein. In Cottbus waren Mitglieder des Jugendauschusses mit Strafmandaten über je 10 Mark bedacht worden, weil sie angeblich politische Versammlungen für Jugendliche veranstaltet haben sollen. Die Postzeitung konnte aus eigener Wahrnehmung nichts sagen, sie stützte sich bei ihren gegen die Jugendbewegung gerichteten Angaben auf „Gewährsmänner“, zu Deutsch Spittel. Die Angaben dieser Braven gingen aber von ganz falschen Voraussetzungen aus, und so kam das Schöffengericht Cottbus zur Freisprechung und sprach oben drein noch aus, daß der Jugendauschuss überhaupt als Verein nicht betrachtet werden könne.

Die Demokratische Vereinigung wird vom 26. bis 28. Mai in Nürnberg ihren 4. Parteitag abhalten. Herr von Gerlach wird den politischen Jahresbericht erstatten. Unter anderem wird auch ein ausführlicher Kommunalprogramm entworfen werden. Unter den Anträgen, die zum Parteitage bereits eingelaufen sind, befindet sich, nach dem „Freien Volk“, auch ein Antrag Egelitz, der den Namen „Demokratische Vereinigung“ in „Demokratische Bürgerpartei“ umändern will. Mehrere Anträge wollen für größere Verbreitung des „Freien Volk“ dadurch sorgen, daß das Blatt unter Erhöhung des Parteibeitrages obligatorisch allen Mitgliedern ausgebe. Ein Antrag Magdeburg wünscht, daß die Taktik der Demokratischen Vereinigung die Grenzlinien zwischen sich und der Sozialdemokratie nicht verweise.

Staatliche Besinnungsschulstühle. Nach 14-jähriger Beschäftigung wurde kürzlich bei der Halberstädter Eisenbahnwerkstätte der Arbeiter Sch. plötzlich entlassen. Auf seinem Entlassungsschein wurde ihm ausdrücklich befohlen, daß er sich zu geführt und seine Leistungen sehr gute gewesen seien. Der Grund der Entlassung war, daß Sch. am Abend des Stichwahltages zur Reichstagswahl an der sozialdemokratischen Versammlung teilgenommen hatte, in der das Wahlergebnis veröffentlicht wurde. Er war in die Versammlung gekommen, weil die bürgerliche Versammlung, in der das Resultat bekanntgegeben werden sollte, überfüllt gewesen war. Ein Spittel denunzierte den Eisenbahner, der daraufhin einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen wurde. Er war geständig und der „Fall“ wurde nun der Eisenbahndirektion in Magdeburg unterbreitet. Diese hielt eine nochmalige Vernehmung des Ledelstücker für nötig und wollte von ihm wissen, welchem Verbands er angehöre, und für welche Partei er bei der letzten Stadtverordnetenwahl gewählt habe. Der Verband — es war der Rriener Verband — war einmündig frei, aber die Verantwortung der andern Frage verweigerte der Mann. Infolgedessen wurde seine Entlassung verfügt. Nachdem sein Verband erklärt hatte, daß sich in seiner Sache „nichts machen“ lasse, wandte er sich an den Minister der

„Der König fragte mich, ob ich reisen würde. Vor der Hand nicht, Majestät, sagte ich, meine Geschäfte erlauben es nicht. Ihre Geschäfte? rief er, worin arbeiten Sie? Majestät, sagte ich, auf meinen Gütern ist vielerlei Unordnung, ich denke mit Rat und Hilfe verständiger Männer eine neue Ordnung der Dinge durchzuführen.“

„Was!“ rief er in seiner Manier schneidend, was wollen Sie? Unordnung abschaffen, neue Ordnung der Dinge durchsetzen? Was soll das heißen? Wellen Sie mit das sagen? Lassen Sie das bleiben, Kammerherr Branden. Suchen Sie Befriedigung, wo es Ihnen beliebt, im Vergnügen oder bei interessanten Damen, aber bleiben Sie in Ihrem Fach; für Ordnung werde ich sorgen.“

„Sehr deutlich gesprochen“, lachte Lina, „und dennoch sehr rätselhaft.“

„Ich war starr vor Erstaunen“, sagte Branden, „und zog mich zurück, anderen ging es jedoch kaum besser. Jeder begann irgend etwas zu hören, was ihm nicht lieb war, bis nach einer Stunde der König uns entließ, weil ein Ministerrat gehalten wurde.“

„Und was war der Grund dieser ungnädigen Donnerwörter auf die Köpfe der Allergüttesten?“
„Niemand weiß es“, sagte Branden. „Es sollen verdrießliche Nachrichten eingelaufen sein. Der Minister des Auswärtigen ist bis in die Nacht beim König geblieben.“
„Und heute in aller Frühe ist mein Vater nach Frederiksborg gerufen worden. Wir haben etwas zu erwarten.“

„Was zu erwarten?“
„Irgend eine große Tat, welche die erschöpfte Menschheit ergreift, wie der Sturm das schlafende Meer. Eine Volksbewegung.“

„Nur keine Unruhen, keinen Värm“, rief Branden ergründend.

Lina deutete auf eine Staubwolke, welche in der Ferne sich erhob und einen rasch fahrenden Wagen einschloß.
„Da kommt mein Vater“, sagte sie, „er wird uns sagen können, was es ist.“

„Nur hoffentlich was beruhigendes“, fügte der Kammerherr hinzu. „Es wäre fürchterlich, zu denken, wenn die Tollheit so weit ginge, daß es Unheilspisern, wie diesen Björning und Genossen gelang.“ Hier brach er plötzlich ab, denn auf dem Wege, der den Hügel hinauf ins Volk führte, hörte er den Schritt eines Mannes und sprachlos vor Erstaunen sah er den Doktor Björning dicht vor sich stehen.

„Wie, Herr Björning“, rief Lina lebhaft aufstehend. „Sie sind da?“

„Ich allein“, erwiderte der Doktor, indem er den Hut abnahm und höflich grüßend näher trat.

Der Wagen des Staatsrats Hammerstein hatte inzwischen das Landhaus erreicht und mitten in den aufgewirbelten Staubwolken erkannte Lina ihren Vater, der mit Lorinen, welcher neben ihm saß, ein lebhaftes Gespräch zu führen schien.

„Da ist er!“ rief sie laut, indem sie einen Blick auf Doktor Björning warf.

„Wie ich vermutet habe“, erwiderte dieser.

„Sie haben gestern Abend eine Unterredung im Königsgarten mit ihm gehabt. Was hat er Ihnen gesagt?“

„Das selbe, was ich schon früher gehört habe.“

„Das heißt, er will nicht?“ rief das Fräulein.

„Er ist so verrannt in seine deutschen Träumereien, daß nur ein letztes Mittel übrig bleibt.“

„Welches?“ fragte Lina, aber sie fügte sogleich hinzu: „Ich selbst soll ihn bestimmen. Kammerherr Branden, Sie scheinen erlaubt zu sein, Herrn Björning hier zu sehen?“

Der Baron war in der Tat mehr als erlaubt. Er stand wie einer, der nicht weiß, was er zu tun hat; völlig unentschieden, ob es besser sei, davonzulassen oder zu bleiben. Er verbeugte sich mit einem abwehrenden Nicken: „Ich erlaube so leicht über nichts mehr“, sagte er, obwohl ich allerdings lange nicht die Ehre halte, den Herrn Doktor zu sehen.“

„Sie müssen wissen“, fiel Lina ein, „daß Kammerherr Branden Geist und Kenntnis achtet, wo er sie findet, daß er meine Achtung für sie teilt, Herr Björning, daß er viel zu hochachtungsvoll ist, um Ihren politischen Charakter Ihnen zum Vorwurf zu machen, und daß er keineswegs zu den abhängigen und engherzigen Menschen gehört, die kein Herz und kein Gefühl für Freiheit und Rechte und die idealen Güter ihres Volkes und Vaterlandes besitzen.“

Branden sah das Fräulein mit starrten Augen an und begreute ihren unwiderstehlich einladenden Blick. „Gewiß“, sagte er stotternd, „ich liebe mein Vaterland und wünsche ihm alles Gute.“

„Dazu müssen sich alle Männer von Einsicht und Charakter verbinden“, fuhr das Fräulein fort. „Bleiben Sie hier bei unserem Freunde. Herr Björning, sprechen Sie richtig mit ihm, sagen Sie ihm, was geschehen ist, denn die Stunde ist da, wo die Sie, welche es rechtlich meinen, fest beisammen stehen müssen.“

„Um Gotteswillen!“ rief der Baron voller Entsetzen von dem gefährlichen Waisentum, „bleiben Sie hier, Fräulein Lina, und sagen Sie mir selbst, was geschehen ist.“

„Leben Sie das“, erwiderte sie, indem sie ein Billet aus der Tasche zog und es dem Kammerherrn reichte. „Björning hat es mir gestern geschrieben. Sie finden darin die Urache der Ministerversammlung und der Abstimmung des Königs.“

öffentlichen Arbeiten. In dessen Auftrag wurde ihm von der Eisenbahndirektion Magdeburg der Befehl, daß trotz nochmahliger Prüfung die Entlassung nicht zurückgenommen werden könnte, die erfolgt sei, weil er an jener Versammlung teilgenommen und dadurch seine Unabhängigkeit zur sozialdemokratischen Partei bekräftigt habe.

Man sieht, es wird viel Lärm um einen Eierfuchen gemacht, aber ist es nicht viel schändlicher, daß gegen einen freien Staatsbürger ein solch hochnotpeinliches Verfahren um eines derart geringfügigen Vorkommnisses willen eingeleitet wird?

Die erbfindende Formel. Die nationalliberale Presse teilt mit:

In der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der nationalliberalen Partei am Donnerstagabend wurde erneut über die Einigungsformel verhandelt, die eine Beilegung der Auseinandersetzungen mit den Jungliberalen ermöglicht. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Verhandlungen schon in den nächsten Tagen zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

Es wird also wieder weiter geschaukelt werden, zur Abwechslung ein bißchen mehr nach rechts. Aber wie lange wird das Spiel vorhalten, da bricht der Streit von neuem los. Es ist ein vergebliches Bemühen, verfallende Formen mit Formeln zu leimen.

Ausland.

Ueber das Blutbad an der Lena

Schreibt Mag. Th. S. Behrmann der „Täglichen Rundschau“ einen Brief aus Petersburg, der vollkommen bestätigt, was wir bereits über den wahren Anlaß zu jenen Gräueln berichtet und die Lage der unglücklichen Bergknechte von Sibirien trefflich schildert. Behrmann schreibt:

Ich kenne jene gottverlassene Gegend im weiten nordöstlichen Sibirien, Hunderte von Meilen von jeder menschlichen Niederlassung entfernt, wo vor wenigen Tagen auf Geheiß eines jener furchtbaren arabischen Grubenmeister 147 wehrlose Arbeiter niedergeschlagen und weitere 193 verwundet wurden.

Während ich diese Zeilen schreibe, eilen in der Reichsbahn Abgeordnete aller Parteien — vom schwarzen Konventionen bis zum roten Sozialdemokraten — über dies Leid in Rußland kaum vorher vorgekommene Wut. Diese Katastrophe läßt hier gegenwärtig selbst die Dardanellenfrage und Kozolowskys Moskauer Wählrede verblasen; seit den Unruhen des Jahres 1905 und 1906 hat ein derartiger Sturm der Aufregung durch Rußland nicht mehr geirrt.

Und nicht mit Unrecht. Nicht so sehr die Hunderte von blutigen Opfern sind es, die die Gemüter beschäftigen: die Tragödie an der Lena hat wieder einmal einen Zipfel jenes düsteren Schleiers gelüftet, der das Rußland von heute ab an — das glückliche und zufriedene Rußland, wie Kozolow erst vor wenigen Tagen vor seinem Moskauer Auditorium meinte — verhüllt. Wenn der Franzose bei jedem Verbrechen nach dem schuldigen Weibe forscht, so hat man sich hierzulande nachgerade daran gewöhnt, hinter jeder höchsten Senkation eine hochstehende Erzelenz zu wittern. Und Volk's sel's gesagt: diese Witterung bringt nach immer auf die richtige Fährte. So war es bei der Mordtat von Kiew, so war es bei den zahllosen letzten Jahren in den Provinzen, Großstädten, in den abgelegenen Eisenbahnbauwerken — dahin führen uns auch die hunderte blutigen Zeichen im sibirischen Wäldchen. Die Kiste an der Lena ist weit mehr denn ein tragisches Ereignis: sie ist das neue Symptom eines tiefstehenden organischen Leidens Rußlands.

Zwischen unergründlichen Eilenden und laufendem Unwille, alljährlich Monate hindurch für Fußgänger und Reiter unerschwingbar, liegt der trostlose Norden, den auch ich einst auf meinen Streifereien durch Sibirien zu sehen bekommen. Siebentausend Kerne der Armen, die längst den Grenzstreifen überherrschen, der den Menschen vom Tiere scheidet, graben dort unter kumpfigen Massen des börenden Sommers, in arktischen Fröhen des nordibirischen Winters nach dem gleichenden Weide. Ein „Totenhäus“, das aus des großen Kostloskeits Suchens zu einem Paradies erwidert. Zu Hunderten haufen dort die modernen Sklaven in einzelnen verbeulenden Holzbaracken, Männer, Frauen und Kinder hant durcheinander. Ueber den Häuptern gezogene Leinen, auf denen die schmutzigen Wäsche trocknet. Fedeweide Wände in auf Anordnung der Bergwerksverwaltung strengstens verboten: am Maschinenfuß erhält der Arbeiter als Lohn so und so viel „Brot“, will fauen Anweisungen auf Entnahme von Lebensmitteln aus dem örtlichen Gesellschaftsladen zu von der Gesellschaft festgesetzten Preisen. Und was sind dies für Preise! Ein Pfund Schwarzbrot kostet 15 Kopeken, ein Pfund Kartoffeln 11, ein Pfund Zwiebeln 20 Kopeken. Will der Arbeiter Stiefelsohlen erneuern, so hat er dafür der Gesellschaft 6 Mark zu entrichten: ein Paar neue Stiefeln kosten im Gesellschaftsladen die Kleinigkeit von fast 80 Mark. Entant der Arbeiter, so wird ihm für jeden Krankheitstag der Tageslohn ohne weiteres abgezogen; mag der Arbeitsplatz noch so weit von der Schlafbaracke liegen, die für das Gehen darin aufgewendete Zeit wird nicht in Anrechnung gebracht. Hat sich der Arbeiter etwas zuleiden kommen lassen, so läuft er Gefahr, von der Bergwerksverwaltung „entlohnt“ und „gemittelt“ zu werden, letzteres ist aber nichts anderes denn ein Todesurteil, denn das nächstliegende menschliche Obdach ist von dem Bergwerk hunderte von Meilen entfernt, und der Weg dahin führt durch Stürme und Unwille. Eine Anrufung des Gerichts — die ja selbst dem sibirischen Justizhausler offensteht — ist dort unmöglich: der örtliche Friedensrichter, der laut Gesetz gleichzeitig die Befugnisse eines Staatsanwalts ausübt, bezieht sein, übrigens außerordentlich hohes, Gehalt von der — Bergwerksverwaltung, und zwar von Geheiß wegen.

So ist der Schrecken an der Lena beschaffen, aus dem die mit 11 Millionen Rubeln Stammkapital arbeitende Gesellschaft sich im Vorjahre die kleine Kleinigkeit von etwa 12 Millionen Mark rein „erarbeitet“ hat. Freilich, die Aktien der Gesellschaft werden denn auch fast auf das Neunfache ihres Nominalbetrags gehandelt, und die „Gründeraktien“, die seinerzeit den Erzelenzen der amtlichen und der Bankwelt als reizendes Angebot für bei der Gründung erteilene Dienste“ überreicht worden waren, notieren gegenwärtig das Zwanzigfache ihres Ursprungswertes.

Die Geschichte der Gründung der „Genet Goldbergwerks-Gesellschaft“ soll hier nicht erzählt werden: es genügt, wenn ich andeutungsweise sage, daß sie einstmal den „Entbillern“ überreichlichen Stoff recht pflanter Art bieten dürfte. Die vor sechzehn Jahren in Keimem Maßstab, erstichtete Gesellschaft befand sich im Zeichen der eiferstischen Pleite, als vor einigen Jahren hiesige amtlich und gesellschaftlich hochstehende Persönlichkeiten sie „mit „eingeladenen Engländern“ umgründeten; der damalige Handelsminister W. J. Limirjasew reichte seinen Absicht ein, um Präsident der Gesellschaft zu werden; ein in mehr denn sonderbarer Gemüthsstellung der Kaffeehausbesitzer übernahm die, wenn ich so sagen darf, hiesige Erziehung der frischgewonnenen Aktien. Seitdem sind die „Lenas“ zum wahren Fluch für Rußland geworden; durch sie ist die Petersburger Börse nachgerade zur Spielbühne gemeinster Art geworden, jeder Mann, von der ältesten Erzelenz bis zum jüngsten Kindermädchen, ist unter darin, Laufende von Erzelenzen sind durch sie gelübt — und sichtlich verkommen. Genau so wie man über das schwindelhafte Holzunternehmen am Jalu aus bestimmten Gründen erst dann schreiben durfte, nachdem der russisch-japanische Krieg darüber war; wird man die ebenso schmutzige wie blutige Geschichte der „Lenas“ erst, sozusagen, postnumerando aus Tageslicht bringen dürfen.

Aber es gibt mehr denn genug Kreise in Rußland, die diese geschmutzvolle Geschichte nur zu gut kennen, und daher die weittragende Aufgabe, die das Blutbad an der Lena der Bergwerksverwaltung hat, alle Scandalen in der Reichsbahn

von rechts bis links haben sich der Interpellation angeschlossen, die heute und morgen das russische Parlament beschäftigen wird. Ob mit Erfolg? Ich bezweifle dies gar sehr. Wie ich meine Rufen kenne, wird man auch nach dieser Katastrophe den so sehr beliebten „Wächter“ der berechtigten Volkstüm überantworten, anstatt viel, viel tiefer und viel, viel — höher nach den wirklichen und eigentlichen Ursachen des Unglücks zu forschen. Das „Entbillern“ ist eben in Rußland noch immer ein sehr undankbares und wohl auch nicht ganz ungefährliches Beginnen.

Ein neuer Wahlsieg in Wien. Ein Wahlsieg von weittragender Bedeutung ist am Sonnabend von unseren Wiener Genossen erkämpft worden. Bei einer Nachwahl im dritten Wahlkörper (Gewerbetreibende) wurde Genosse Anton David in der Stichwahl gewählt. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten steigt damit auf zehn. An Bedeutung übertrifft dieser Sieg bei weitem den in der allgemeinen Kurie. Die Alexikalen sind in einer Position geschlagen worden, die sie fast als unangreifbar gehalten hatten. Die Wahlordnung ist so kunstvoll und klug ausgearbeitet, daß die Christlichsozialen glauben, dieser Wahlkörper würde ihnen ihre Herrschaft für alle Ewigkeit verbürgen. Von hier aus begann seinerzeit auch das Vordringen der Liberale gegen die Liberalen. Und jetzt hat die Sozialdemokratie in dieses feste steinerne Bollwerk Bresche geschossen und für künftige Siege die Bahn freigelegt.

Drohender Streik der Wiener Autochauffeure. Die Chauffeure der Wiener Autoabunternehmungen stellen höhere Lohnforderungen und verlangen eine Kürzung der Arbeitszeit. Im Falle der Nichtbewilligung ihrer Forderungen kündigen sie den Streik an.

Militär- und Zivilgewalt des Residenten von Marokko. In seiner Begründung zu der Ernennung des Generalis Maunten zum Generalresidenten für Marokko wies der Kabinettschef Poincaré im Ministerrat vom Sonnabend darauf hin, welche Aufgaben dem Residenten ausfallen. Es handele sich ausschließlich um ein Werk der Zivilisation und des Fortschrittes. Argwohnliche Verworfungsmaßregeln könnten nur in einem Gebiet getroffen werden, in dem Frieden herrscht. Aus diesem Grunde sei es notwendig, die Militär- und Zivilgewalt in eine Hand zu legen. Die Aufgabe sei schwer, es handele sich darum, das französische Protektorat zurückzuführen und gleichzeitig die Verpflichtungen den Mächten gegenüber zu beachten. — Leider mögen die Marokkaner garnicht „friedlich durchdrungen“ und kapitalistisch „zivilisiert“ werden.

Die Dardanellen bleiben gesperrt. Nachdem der Kommandant der Dardanellenbesatzungen kategorisch die Erklärung abgegeben hat, daß er bei Aufhebung der Dardanellen-Sperre nicht für die Sicherheit von Konstantinopel haften könne, hat der Ministerrat beschlossen, die bereits verhängte Aufhebung der Sperre bis auf weiteres zu sistieren.

Der italienisch-französische Zwischenfall vor dem Saager Schiedsgericht. Die französische und italienische Regierung haben nach gegenseitigem Einvernehmen die Mitglieder des Schiedsgerichts benannt, die den Konflikt wegen der bekannten Beschlagnahme der französischen Dampfer „Sartage“ und „Mamba“ zu schlichten haben. Das Schiedsgericht stellt sich zusammen aus dem italienischen Abgeordneten Fusinate, dem Gouverneur der Provinz Uspala Dammerstiel, dem Direktor des Auswärtigen Amtes in Berlin Krieger, Regnaud-Paris und dem russischen Staatsrat Baron von Taube.

Die Lage in Fez. Die Nachrichten aus Fez lauten beruhigender, dagegen wächst die Gärung unter den Stämmen, besonders im Harzgebiet. Es verlautet, daß ein Angriff auf die von Franzosen besetzten sibirischen Wehalla bei Giffar und gegen die Stadt Bassan, deren Scheich unter französischem Schutze steht, geplant ist. Bei der französischen Wehalla in Mahbarat werden zahlreiche Fälle von Fahnenflüchten gemeldet. Auch verlautet, daß die Haltung der französischen Volkstruppe in Tanger schwankend sei und daß letzten 20 Mann dieser Truppe mit Waffen, Munition und Pferden desertiert seien.

Der Waffenschmuggel der portugiesischen Monarchisten. Aus Vigo wird gemeldet, daß in San Vicente, der äußersten Spitze der Insel Grove an der spanischen Nordwestküste, durch Zollbeamte vierzig verschlossene Kisten mit Gewehren gefunden wurden. Seit einigen Tagen errege ein ziemlich großer Dampfer, der zwischen Salora und den Ostindien kreuzte, die Aufmerksamkeit der Behörden. Als ein spanisches Kanonenboot es verfolgte, flüchtete das mysteriöse Schiff unter Vollampf auf die hohe See. Man vermutet, daß die Waffen für die portugiesischen Monarchisten bestimmt seien, und daß das Schmugglerschiff eine große Waffenladung zu landen beabsichtigte.

Wie aus Panto Vedra an der spanischen Nordwestküste gemeldet wird, ist dort eine Waffenschmuggelung von Dampfer „Magdalena Blumenthal“ (Altona) beschlagnahmt worden. Die Schmuggelung besteht aus hundert Kisten mit Mausergewehren, achtzehn Kisten Patronen und einigen Kisten mit Ausstattungsgegenständen. Nach einer Erklärung, die der portugiesische Justizminister im Senat abgab, sind diese Waffen augencheinlich für die portugiesischen Verschwörer bestimmt.

Die Unruhen im Rif. Die Gärung unter den Rifleuten dauert nach einer Meldung aus Melilla an. Die feindliche Partei erhält fortgesetzt Verklärungen aus dem Innern. Wie von militärischer Seite verlautet, werden mehrere Regimenter marschbereit gehalten, um, sobald der Befehl dazu eintrifft, nach Melilla abzugehen. Von Covadonga und Asturias sind Truppen nach Algeciras abgegangen. Sie haben den Auftrag, sich jederzeit bereit zu halten, um von La Roche nach Marokko eingeschifft zu werden. Wie ferner gemeldet wird, sind infolge der Unruhen im Rifgebiet die Kreuzer Maderos und Reina Regata nach den marokkanischen Gewässern abgegangen. Die Transportdampfer Almirante, Lobo und Vicente Looba sind mit 400 Mann an Bord gefolgt. Weitere Truppen sind zur Verstärkung des Expeditionskorps mobilisiert worden.

„Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein!“ Die „New-Yorker Volkszeitung“ berichtet aus Washington: „Spracher (Präsident) Clark und Vertreter Wilson aus Pennsylvania (Dem.) trafen Arrangements für eine am 20. April im Hause abzuhaltende „Labor Lecture“ (Vortrag über Arbeiterfragen). Als Redner für diesen Vortrag ist Genosse Karl Legien, Mitglied des deutschen Reichstages und Sekretär des deutschen wie auch internationalen Gewerkschaftsverbandes, auszuweisen. Um dem Genossen Legien zu einer Aussprache Gelegenheit zu geben, wird das Haus eine Pause in den Verhandlungen eintreten lassen und zu dem Vortrag den Senat, wie auch prominente Bundesbeamte einladen.“

Also der Kongreß der Union gibt seine Räume her, damit der deutsche Sozialdemokrat über Arbeiterfragen spreche, und die Kongreßmitglieder sehen sich dem Sozialdemokraten als Lernende zu fügen. Natürlich wollen sie dann das erworbene Wissen verwenden zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wie anders

macht es Preußen-Deutschland! Deran Gelehrter brauchen von ausländischen Sozialisten nichts zu lernen; statt der Parlamentstribüne harre der Jaures, Bernerstorffer und Genossen die grüne Wägen.

Amerika ist ein wildes Land, und in Preußen gedeiht die Philosophie der Wächter.

Der Bürgerkrieg in Paragua hat mit einem Gescheh wieder begonnen, in dem die Regierungskräfte eine Schlapp erlitt.

Keine Exzellenzen mehr in China. Wie aus Peking gemeldet wird, wurde im Ministerrat beschlossen, daß die Titel „Exzellenz“ und „Gehrentier“ nicht mehr gebildet werden sollen; die Anrede für hoch und niedrig soll fernerhin sein: „Bürger!“

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Agrarische Gesetzesverächter.

Wie es mit den Unfallverhütungsvorschriften auf dem Lande bestellt ist, beweist eine von den technischen Ausschüssen vorgenommene Revision der landwirtschaftlichen Betriebe im Kreise Striegau. Es sind in 19 Tagen 387 Haupt- und 9 Nebenbetriebe revidiert worden. Von diesen 387 Betrieben haben 382, das sind ungefähr 98,7 Prozent, Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften ergeben, und zwar beläuft sich die Zahl der beanstandeten Maschinen und Betriebsrichtungen auf insgesamt 2336, das sind im Durchschnitt 5,85 Mängel auf jeden beanstandeten Betrieb: Es wurden beanstandet: 201 Öpel, 186 Dreschmaschinen, 185 Siebmaschinen, 30 Mähmaschinen, 148 Wurfmähdrescher, 53 sonstige landwirtschaftliche Maschinen, 16 Viehhaltungen, 281 Scheunen- und Ställe, 187 Treppen, 283 Leitern, 340 Einsteiger, 77 Gerüste und Böden, 177 Bodenbeläge in Scheunen, 26 Stadel- und Wandlücken, 9 Kalktinnen über Stallöffnungen, 18 Gruben und Brunnen. Außerdem ergaben sich in 7 der revidierten 9 Nebenbetriebe 19 Mängel. Ohne Mängel waren nur 3 Haupt- und 2 Nebenbetriebe, das sind ungefähr nur 1,3 Prozent der revidierten Betriebe.

Wenn man in Betracht zieht, daß der Beamte nur neunzehn Tage zu dieser Revision gebraucht hat, so muß man annehmen, daß von einer gründlichen Revision nicht die Rede sein konnte und daß in der Landwirtschaft von einer Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften nicht viel zu merken ist. Daß durch die Revision ein solches Stundenregister aufgedeckt wurde, trotz ihnen gerade nicht angenehm sein. Das Nichtbefolgen hat von dieser Revision noch nichts verraten, und das läßt darauf schließen, daß die Nichtbefolgung auch zu denen gehören, die auf die Werke zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter pfeifen.

Schweidnitz, 28. April. Woran die Polizei Vergernis nimmt. Donnerstag fand vor hiesiger Strafkammer die Verhandlung gegen den freiwilligen Prebiger Laesler aus Freiburg statt, der angeklagt war, in einer im Januar stattgehabten öffentlichen Versammlung eine Götze-Säulierung begangen zu haben. Laesler behauptete damals die Art, wie die Bibel an vielen Stellen der Gottheit Sandlungen anlehnt, die schon von rein menschlichem Standpunkt aus als unwürdig und sogar verächtlich betrachtet werden müßten, so bei der Schilderung des Ausganges aus Ägypten (2. Mose 5, 22) und bei der Aufforderung Christi zur Walfahrt nach Jerusalem aus Anlaß des Raubhüttenfestes (Ev. Joh. 7, 2-8). Der eine der beiden die Versammlung überwachenden Polizeibeamten nahm Vergernis an den offenbaren von ihm mißverstandenen Aeußerungen, der andere zwar nicht, er fand aber „die Sache doch nicht schön“. Es wurde Anklage erhoben, und in der Verhandlung wurde gegen Laesler sogar zwei Monate Gefängnis beantragt.

Der Verteidiger wies die innere Unmöglichkeit der Beschuldigung nach, da einem auf wissenschaftlicher Höhe stehenden Prediger nichts ferner liege, als dem höchsten Wesen, wie immer es gedacht werde, unwürdige Eigenschaften oder Taten anzuhängen oder der Persönlichkeit Christi, ihre historische Existenz vorausgesetzt, anders als in ehrfurchtsvoller Weise gegenüberzutreten; es könne also von dem Angeklagten garnichts anderes als Kritik geübt worden sein an der Art, wie die Bibel, die sich hierdurch als Menschenwerk erweise, die Gottheit und auch die Persönlichkeit Christi behandelt. Das Gericht folgte nach längerer Beratung diesen Ausführungen und sprach den Angeklagten frei.

Der gleiche Vortrag wurde in einer Reihe anderer Städte gehalten, ohne daß dort ein Polst Anlaß daran nahm und die Staatsanwaltschaft ein Verfahren einleitete. Es gibt eben Leute, die in jeder ihnen nicht passenden Kritik eine Beleidigung oder Herabsetzung erblicken.

Meichenbach, 28. April. Tödlicher Unglücksfall. Als die Arbeiterfrau Böllner auf dem Dominium Böfendorf einen Korb mit Holzmaterial die Treppe hinauf in ihre Wohnung tragen wollte, stürzte sie die Treppe hinunter, wobei sie sich so schwer verletzte, daß sie im St. Josefsstift ihren Verletzungen erlag.

Zauer, 29. April. Wird es der Richtige sein! Unter dem Verdachte, der Bombener Mörder zu sein, wurde von der hiesigen Polizei ein Müllergeselle festgenommen und dem Amtsgerichtsgenossenschaft zugewiesen. Der Verdächtige, der sich in hiesiger Stadt aufhielt, wurde von einem Polizeigenossen mit dem Rade verfolgt und auf der Goldberger Chaussee arretiert. Auf keinen der bis jetzt unter dem gleichen Verdacht in Haft genommenen soll das Signalment des Mörders so genau passen, wie auf diesen. — Abwarten.

Glogau, 28. April. Wegen Blutschande halten sich der Arbeiter Gustav Weder aus Nieder-Polwitz und dessen Tochter Pauline zu verantworten. Auf Grund der unter Ausschluß gewöhnlichen Verhandlung wurde der Vater zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und die Tochter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Posen, 29. April. Der größte Wasserturm in Deutschland. Der sogenannte ober-schlesische Turm der Ostdeutschen Ausstellung ist als Wasserturm vor einigen Tagen in Benutzung genommen und mit Wasser gefüllt worden. Die offizielle Uebergabe findet Mittwoch statt. — Der neue Wasserturm ist der größte in Deutschland.

Literatur.

Die Feststellungen der Hygieniker, Wohnungsinspektionen und Kantentassen haben längst ergeben, daß meist die Wohnungsverhältnisse die Krankheitsursachen sind. Ueber diesen Punkt ist lange genug debattiert worden, die praktische Folge kommt jetzt immer mehr in den Vordergrund, die nachstehende Schrift von Prof. A. Baumgart beweist es und in überzeugender Weise. **Die Quelle der Gesundheit im Einfamilienhaus.** Für jede Familie eine Stätte des Glückes und Wohlbefindens. Mit zahlreichen Hausbeispielen, Ansichten, Grundrissen und Perspektiven. 10. Tausend. Preis 1 Mk. (Porto 10 Pfg.) Beste deutsche Verlags-Gesellschaft, Wiesbaden.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Olsch. — Redaktion und Expedition: Neue Gewandstraße 7. — Verlag der „Volkszeitung“, G. m. b. H., Postfach 24, Leipzig. — Druck in Leipzig. — Druck: G. Olsch.

Stadt-Theater.

Montag, 7 1/2 Uhr:
„Don Juan“.
Dienstag, 7 Uhr:
Wagner „Jyllus“
4. Vorstellung:

„Triton und Isobe“.

Mittwoch, 7 1/2 Uhr: 5791

„Der Schmud der Madonna“.

Lobe-Theater.

Montag, 7 1/2 Uhr: 5796

„Fiat Justitia“.

Dienstag, 7 1/2 Uhr:

„Die fünf Frankfurter“.

Mittwoch, 7 1/2 Uhr:

Wallersteins Lager

„Die Viccolomini“.

Thalia-Theater

Montag: Gruppe L. 2. Vorstellung:

„Das Glück im Winkel“.

Freitag: Gruppe L. 3. Vorstellung:

„Der große Tot“.

Schauspielhaus.

Montag, 8 Uhr:

2. Abonnements-Vorstellung: 5806

„Eigennützig“.

Dienstag 8 Uhr:

„Die moderne Eva.“

Mittwoch, 8 Uhr:

„Die schöne Nisette“.

Liebich's Etablissement

Vorletzter Tag!

Hartstein

Merians Hunde-Theater

etc. etc. etc.

Anfang 7 1/2 Uhr. 5781

Viktoria-Theater

Ensemble Gastspiel

Königl. Hoftheater Dresden

mit der aktuellen Revue:

„So leben wir!“

Anfang 8 Uhr. 5786

Palmengarten

Niesen-Pracht-Dekoration

Orangen-Fest

in Messina.

2 neue Kapellen.

Entree frei.

Pfänder-Auktion

einlösen oder verlängern [5422

Schwirten, Weissenburgerpl. 7.

Wegen Fortzug verbleibende Hausgeräthe billig zu verkaufen. Neue Graupenstr. 13. 5811

Uhren Anzüge etc.

Brandenburgerstraße 24.

leichtlich im Peihamt.

Saat- und Speisekartoffeln

hat preiswert abzugeben 5699

John Schwarz, Cosel b. Breslau.

Stamm - Seidel

Vereins-Seidel, Seidel zu Festgeschenken.

Grosse Auswahl von Bleisoldaten empfiehlt 4268

Otto Miksch,

Kupfereschmiedestr. 47.

Möbel

jeder Art, sowie auch ganze Wohnungs-Einrichtungen

speziell: Gelegenheitskäufe

erstklassiger Fabrikate

durch grosse Kassa-Abschlüsse

erhalten Sie allerbilligst

Carl Scholz

Ring 5, 1. Etage

Siebank fürstenstraße.

Polsterwaren

eigenes Fabrikat.

Besichtigung meiner reichen

Ausstellung ohne Kauzwang

erwünscht.

Gegr. 1882. Tel. 7451

Möbel
Spiegel
Polsterwaren
einfacher bis eleganter Ausführung
Teppiche, Port. Läuferstoffe, Stepped., Gardin.
Becomme wöchentliche monatliche und vierteljährliche Teilzahlung
Ausw. franco! Strengste Diskretion.
H. Koch
Klosterstr. 11.
Gegründ. 1880

Die Wertmarken zur Verlängerung der seit dem 1ten April 1912 gelösten Zeitkarten werden auch im städtischen Einziehungsamte, Elisabethstraße, und in den Steuerabtheilungen II bis XI verkauft. Neue Karten sind Steinstraße 71/73 zu entnehmen.
Breslau, den 27. April 1912.
Verwaltung der städtischen Straßenbahn.

Vertreter.
Wir suchen einen tüchtigen, kautionsfähigen Vertreter zum Vertrieb unserer Zigaretten per sofort. Offerten an
Tabak-Arbeiter-Genossenschaft
E. G. m. b. H. - TAG-GEN - Zigarettenfabrik
Stuttgart, Böhmlestrasse 43. 5775

Hosennäherinnen
melb. I. B. Steinmetz, Marktstr. 10.
Wickelmacherin
auf 1/2 Tage kann sich melden. 5772
Neue Tauentzienstrasse 22.
Stadtschmiede
mit guter Kundsch. umständlicher zu verkaufen od. zu verpachten. Offert. unter Nr. 309 an die Exp. d. Zeitung.
Der Anarchist
Novellen von Gottschalk
20 Pfg., früher 1 Mk.
Buchhandlung Volkswacht.

Nordsee
Hauptgeschäft: Schmiedebrücke 19.
Telephon 3281.
Filiale: Kaiser-Wilhelmstr., Bahnbogen, Tel. 4223. — Gräbischenerstr. 14, Tel. 5687. — Rendorffstr. 73/75, Tel. 3234.
Morgen! Von frischer Zufuhr empfohlen in lebendiger Ware: **Morgen!**
Gablian im Aufschnitt Pfund 20 Pf.
Frische Ränderwaren. [5812] Feinste Marinaden.

Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.
Jeden Montag: **Spezialtag**
Erste Sorte Knoblauchwurst à Pfd. 75 Pf.
Jeden Dienstag: **Spezialtag**
Mortadella 1/2 Pfund 25 Pf.
Georg Hildebrand
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren. 2347

Wer seine Zeitung pünktlich haben will, muß eines in erster Linie beachten: Die genaue Angabe seiner Wohnung! Wer nun am 1. Mai vergißt, tut gut daran, folgenden Schein genau auszufüllen und der Zeitungsr. mitzugeben:
Bisherige Wohnung
Wo wohnen Sie nach dem 1. Mai?
Vor allen Dingen vergesse man nicht, seinen Vor- und Zunamen auf die folgende Linie zu legen
Wer dies tut, erhält pünktlich seine Zeitung in die neue Wohnung.

Der 1. Mai 1912.

Die Maifeier dieses Jahres folgt dem prachtvollen Reichstagswahlzuge. 4 1/4 Millionen sozialdemokratische Stimmen, 110 sozialdemokratische Reichstagsmandate war der Kampfespreis des Klassenbewußten Proletariats. Es war die warnende Antwort an die kapitalistischen Beutepolitiker und Kriegsbeher. Immer teurer werden die notwendigen Lebensmittel. Immer größer wird die Kriegsgefahr, die verursacht wird durch das Streben nach neuen, wirtschaftlichen Ausbeutungsgebieten für das Kapital. Jetzt hat die Arbeiterschaft die Pflicht, dem herrlichen Reichstagswahlzuge eine machtvolle Demonstration zur Maifeier als Zeichen der Völkersolidarität folgen zu lassen.

Für Breslau findet am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, eine

Volkversammlung

im Saale des „Gewerkschaftshauses“ statt, in welcher Genosse Seibold über die „Bedeutung des Tages“ sprechen wird.
Nachmittags von 2 1/2 bis 7 Uhr:

Maifest im Kaiser-Friedrich-Park zu Kl.-Gandau
Konzert, Tanz, Kinderbelustigungen.

Abends 8 Uhr:

Vier Mai-Versammlungen

im „Gewerkschaftshaus“, „Bergkeller“, „Kronprinz“ und „Wilhelmsburg.“
Referenten sind die Genossen Okonski, Seibold, Scholich und Klippel.

Zu Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Es ist daher Pflicht der Arbeiter und Arbeiterorganisationen, neben den andern Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Zu allen Veranstaltungen ladet ein

Das Maifest-Komitee.

Rüftet zum Maifest!

Hoch der 1. Mai!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. April.

Geschichtskalender. 30. April.

- 1777 Der Mathematiker und Astronom Karl Friedrich Gauß in Braunschweig *.
- 1790 Samuel Heintze, Begründer des Taubstummenwesens, in Leipzig †.
- 1885 Der Maler Franz v. Defregger in Sternach *.
- 1870 Der Komponist Franz Lehár zu Komorn in Ungarn *.
- 1895 Der Dichter Gustav Freytag in Wiesbaden †.
- 1899 Der Schriftsteller Ludwig Büchner in Darmstadt †.

Der Frauenabend vor Gericht.

Die Breslauer Polizei ist eine vielbeschäftigte Behörde; ihre Aufgaben sind so groß und weitverzweigt, daß sie nicht überall zur Stelle sein kann. Würde doch erst vor kurzem darüber lebhaft geklagt, daß im Süden der Stadt, in den „Vornehmen“ Vierteln, Epigebuben und Einbrecher ihr Unwesen treiben. Aber gegen die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei sind die Beamten des Herrn v. Oppen allzeit auf den Beinen. Die Polizei ist eigentlich ganz fast verpflichtet, eine Versammlung zu überwachen, wenn diese eine „Tare und Schutzkleine“ stundenlang dem sonstigen Dienst zu entziehen. Doch was sein muß, das muß sein. In Breslau ist man nun einmal der Ansicht, die Versammlungen der Frauen seien beaufsichtigt werden, mag es heißen, was es wolle, und wenn sich auch nur im geringsten ein Grund zum „Eingreifen“ bietet, dann sind die Uniformierten auf dem Posten.

So geschah es auch beim Frauenabend des sozialdemokratischen Vereins Breslau. Im Laufe von fast zwei Jahren haben wir mehrere Zusammenkünfte der weiblichen Mitglieder mit Vorträgen veranstaltet und keine Schwierigkeiten zu haben. Da, im Februar 1912, erschienen plötzlich in allen acht Frauenabenden Kommissare und Schutzleute, die sich den erkrankten Genossinnen als Überwachende vorstellten. Die Versammlungen sagten sich, nein, da haben wir die Versammlung auf. Das Vereinsgesetz spricht klipp und klar aus, Mitglieder der Versammlungen politischer Vereine werden nicht überwacht; wer lassen uns daher die Aufsicht nicht gefallen. In sechs von den angegebenen Lokalen wurde so verfahren; die Frauen ließen den Vortrag über Lebensmittelwucher und Warenteuerung ausfallen und gingen entweder nach Hause oder versammelten sich beim Gesange fröhlicher Lieder und bei gemütlicher Unterhaltung. Nur in zwei Fällen, im Gewerkschaftshaus und auf der Neuborsstraße, wurde der Frauenabend abgehalten.

Die Polizei war jedoch mit diesem Erfolge noch lange nicht zufrieden; jetzt kamen erst die Strafbefehle; denn, so sagte sie, der Frauenabend bestand aus öffentlichen politischen Versammlungen, und darum müssen Veranstalter und Leiter nach den Vorschriften des Vereinsgesetzes bestraft werden. Das Präsidium wußte nicht, was der Veranstalter ist; da schickte das Gericht allen sieben Vorstandsmitgliedern je einen Strafbefehl. Dazu gestellten sich die Strafen gegen die angeklagten acht Versammlungserleiterinnen. Im ganzen waren es 11 Strafbefehle, die auf nicht weniger als 120 Mark lauteten.

Selbstverständlich erhoben die Genossen und Genossinnen Einspruch, über den das Schöffengericht am Sonnabend zu entscheiden hatte. Das Urteil erging dahin, Genosse Müller als Veranstalter der Frauenabende muß 50 Mt. Strafe zahlen, die übrigen Vorstandsmitglieder wurden freigesprochen, ebenso die Genossinnen Lawatsch und Poser, die selbst das Gericht als Leiterinnen nicht anerkennen konnte. Über die Genossinnen Auerbach, Häzler, Kędzja, Wehrens, Gellrich und Welsch betrachtete es als Leiterinnen und beurteilte sie je zu 20 Mark.

Aus der zum Teil recht fesselnden Verhandlung, die von 11 Uhr vormittags bis kurz vor 2 Uhr nachmittags dauerte, sei folgendes hervorgehoben.

Die angeklagten Genossinnen und Genossen, vierzehn an der Zahl, waren bis auf eine Genossin, an Gerichtsstelle erschienen. Als Zeugen traten die acht Polizei-Kommissare auf, die den Frauenabend überwachen mußten. Alle Angeklagten bestritten, sich strafbar gemacht zu haben. Es handelt sich, so erklärten sie, nicht um öffentliche politische Versammlungen, sondern um Mitglie-der-Zusammenkünfte eines politischen Vereins, die nach dem Gesetz von der Überwachung frei sind. Veranstalter ist nur Genosse Müller, der Vorsitzende des Vereins und Parteisekretär. In sechs Fällen kann von der Leitung einer Versammlung nicht die Rede sein, da es zur Eröffnung der Tagung gar nicht gekommen ist, und die beiden Leiterinnen im Gewerkschaftshaus (1) auf der Neuborsstraße haben sich auch nicht strafbar gemacht, weil eben die Versammlungen nicht öffentlich, damit also nicht anmeldspflichtig waren. Aus den Bekanntmachungen der Volkswacht herauszufinden, der Frauenabend sei öffentlich, muß als verstoßend bezeichnet werden; die Hinweise der Volkswacht lassen im Gegenteil klar erkennen, daß nur die Mitglieder der Genossin Kędzja war ferner beauftragt, dem Kommissar seinen angemessenen Platz in der Versammlung anzuweisen zu haben. Dasselbe behauptet die Anklage von der Genossin Wehrens, die sich außerdem nicht sofort aus dem Versammlungsraum entfernt haben soll, nachdem der Kommissar die Versammlung als aufgelöst erklärt hatte. Die beiden Genossinnen erklärten, die Herren Kommissare haben sich, als sie das Lokal betreten, sofort einen angemessenen Platz selbst ausgesucht, der ihnen mit keinem Worte verweigert wurde. Nach der Auflösung bei Mitternacht auf der Gröblichenerstraße haben alle Genossinnen das Versammlungstotal verlassen; der Kommissar verlor aber, daß sie sich auch aus dem anstößenden Saale und den sonstigen Räumen entfernten, wozu er nicht berechtigt war.

Dann wurden die Kommissare als Befehlsschützen aufgerufen. Erster war Herr Tobschall aus der Gröblichener Vorstadt gegen Genossin Wehrens. Er berichtete darüber, was er gesehen und getan hatte. Rechtsanwalt Wandmann richtet an den Zeugen Tobschall die Frage: „Bieten Sie sich denn berechtigt, die erkrankten Frauen auch aus dem großen Saal zu weisen?“ Kommissar Tobschall: „Ja, nach meiner Auffassung mußten die Frauen das ganze Lokal verlassen. Ich bestrich auch die Neubildung einer Versammlung im großen Saal.“ Rechtsanwalt Wandmann: „Das ist allerdings eine sehr sonderbare Meinung, die schwer haltbar sein wird.“

Kommissar Spankn hatte den Frauenabend auf der Michalisstraße, wo Genossin Lawatsch sprechen sollte, zu überwachen. Der Vorsitzende: „Herr Spankn, bieten Sie die Frau Lawatsch für die Leiterin der Versammlung?“ Kommissar Spankn: „Ja, denn Frau Lawatsch wurde allgemein begrüßt. So daß ich sie als die Leiterin ansah. Auch hielt ich die Versammlung für öffentlich.“

Nun trat der bekannte Herr Simoniol aus der Schwelbener Vorstadt vor den Richterlich seine Art, sich über die Vorgänge im Frauenabend auf der Neuborsstraße auszulassen, war geradezu auffällig. Wir haben den Munde erzählt Herr Simoniol, worüber gesprochen wurde. Eine Frau oder ein Fräulein Klonsky habe darüber berichtet, wie weit in anderen Ländern die Frauen bereits gekommen seien. Sie hätten das Wahlrecht zu den Parlamenten und manche von ihnen wären sogar Bürgermeisterinnen. Und die Frau oder das Fräulein habe weiter gesagt, in Deutschland seien wir noch sehr zurück. Aber Schuld an allem wäre der Träger der Krone, der der Agrarier helfe. Die Angeklagten haben sich verweigert an bei dieser Aussage, denn es war ihnen neu, ein Fräulein Klonsky als Rednerin kennen zu lernen; bis dahin kannte sie niemand. Der Anwalt Genosse Kasch stellte die Sache auf: „Herr Vorsitzender, so wandte er sich an den Amtsgerichtsrat Müller, „ich bitte doch den Zeugen zu fragen, ob der Redner ein Mann oder eine Frau war. Ich halte die Verantwortung dieser Frage für sehr wichtig, weil das Zeugnis des Herrn Simoniol bezeichnend ist dafür, wie die Herren Polizeikommissare in Breslau Berichte über unsere Versammlungen abfassen. Redner in der Versammlung auf der Neuborsstraße war nicht ein Fräulein oder eine Frau Klonsky, sondern ein Mann, der Redakteur Karl Klonsky.“ Die Angeklagten konnten sich nach dieser Aufklärung das Vorne nicht verhehlen und im Prüfungsraum gab es heftige Geheul. Freilich, auch Herr Simoniol behielt seine lächerliche Meise.

Die übrigen Kommissare wußten meist nichts Bemerkenswertes auszuwachen. Sie meinten, die angeklagten Genossinnen hätten erklärt, die Versammlung werde nicht abgehalten, woraus sie ernteten, diese Frauen seien die Leiterinnen gewesen. Kommissar Häzler aus dem Streblener Tor mußte zugeben, daß Genossin Poser gar nicht hervortrat, jedoch sie als Leiterin nicht anzuzählen ist.

Der Staatsanwalt als Vertreter der Anklage machte längere Ausführungen, auf die wir aber nicht näher eingehen brauchen. Daß die Vorstandsmitglieder, abgesehen von Genossen Müller,

nichts Strafbares getan haben, mußte auch er zugeben. Somit lagen für die Dinge sehr klar im Tage. Der Frauenabend bestand aus öffentlichen politischen Versammlungen, die angemeldet sein mußten, und die Genossinnen haben sie geleitet. Danach fielen auch die Strafbefehle aus. Die Vorstandsmitglieder außer Müller sollten freigesprochen werden, alle anderen Angeklagten jedoch ihre Strafbefehle behalten.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Wandmann bemerkte mit Recht, die ganze Anklage ist die üppigste Blüte des Vereinsgesetzes, die wir in Breslau erleben. Harmlose Frauenabende, deutlich als Mitglieder der Versammlungen angekündigt, werden als öffentliche politische Versammlungen angesehen, obwohl sie meistens gar nicht lagen. Weniger kann also nicht geschehen. Man sagt vielleicht, ja der Verein ist so groß, daß auch seine Mitglieder-Versammlungen immer als öffentliche zu bezeichnen sind. Hier handelt es sich aber um Zusammenkünfte von Distrikten, wo sich alle genau untereinander kennen. Die Öffentlichkeit war also vollständig ausgeschlossen. Und auch in den wirklich abgehaltenen Versammlungen gab keine Einrede erhoben worden, die im engeren Sinne als politisch zu betrachten sind. Warum nach alledem die hohen Strafbefehle? Weil der Sozialdemokratische Verein von der Polizei anders behandelt und mit zweierlei Maß gemessen wird.

Das Urteil haben wir bereits oben mitgeteilt. In der Gründe hier es, das Gericht habe sich im wesentlichen dem Amtsanwalt angeschlossen. Es ist nun einmal, so sagte der Vorsitzende, stehender Grundsatz, daß große Vereine nicht als geschlossene Gesellschaften sind. Es handelt sich auch nicht um Parteiverfammlungen, sondern um Versammlungen mehrerer Distrikte, also um einen großen Kreis von Vereinen, die sich nicht mehr kennen. Die Frauenabende sind aus diesem Grunde öffentlich. Offenbar hatten auch andere Vereine als Mitglieder Zutritt; es wurden Aufnahmen gemacht, womit bewiesen ist, daß Vereine da waren, die dem Verein nicht angehörten. Das stempelt diese Versammlungen zu öffentlichen. Es wurden auch politische Dinge erörtert. Wie liegen den Schwerpunkt nicht auf das, was gesprochen wurde, sondern auf das, was man in den Anzeigen der Volkswacht mitteilte. Daran mußte man mit Bestimmtheit entnehmen, daß es sich um politische Frauen handelte und nicht etwa um die Frage: Wie bekommen wir billige Nahrungsmittel? Es heißt auch im Gesetz, wer eine solche Versammlung abhalten will, der muß sie anmelden, nicht der nur, der sie wirklich abhält. Nach der Beweisaufnahme mußten die Vorstandsmitglieder außer Müller freigesprochen werden. Bei den Angeklagten Lawatsch und Poser hat die Beweisaufnahme nichts ergeben, was sie als schuldig erscheinen läßt. Wegen der überaus angeklagten Frauen hat aber das Gericht erwidert, daß sie als Leiterinnen in Frage kommen. Hier sind an die Kommissare wendet und ihnen jaat, es handelt sich um keine Versammlungen, bestimmt hat schon als Leiterin und muß bestraf werden. Sinecqua hat das Gericht Frau Wehrens und Frau Kędzja nicht wegen der ihnen zur Last gelegten weiteren Heberhebung als schuldig erachtet. Zum Strafmäß, wie es der Staatsanwalt vorschlug, ist das Gericht grundsätzlich nicht abgewichen.

Wir haben es in der Auslegung des Vereinsgesetzes wirklich sehr weit gebracht. Das Gericht sagt, ein großer Verein ist kein Verein, und darum sind die Versammlungen immer öffentlich. Und wer an einem überwachten Beamten mit den Worten herantritt: Wir lagern heute nicht, weil die Polizei da ist, der zeigt sich schon als „Leiter“ der Versammlung. Schlimmer kann es wirklich nicht werden. Die Mitglieder-Versammlungen eines großen Vereins können demnach ohne weiteres überwacht werden; ob es tatsächlich geschieht, das hängt lediglich vom Willen der Polizei ab. Das „liberale“ Vereinsgesetz treibt herrliche Blüten; es ist dringend notwendig, sie recht bald einmal dem Reichstage in ihrer ganzen Schönheit zu zeigen. Dabei muß immer wieder betont werden, nur bei sozialdemokratischen Vereinen und Versammlungen schießt die auffällige Auslegung des geltenden Rechts so üppig in die Höhe; die übrigen Parteien werden davon nicht betroffen. Für unsere Genossinnen wird das sicherlich ein Grund mehr sein, ihren Frauenabend wie bisher zu pflegen und alles daran zu setzen, den Kreis politisch organisierter Mädchen und Frauen stetig zu erweitern.

Stadt-Theater.

„Die Zaubervögel“, von Mozart.

Am 27. April, dem 100. Geburtsstage von Hlotow, wurde die „Zaubervögel“ in neuer Einstudierung gegeben. Man kann über die Bedeutung solcher Gedenktage verschiedener Meinung sein; in diesem Falle aber besteht für ein Theater vom Range der Breslauer Bühne die künstlerische Verpflichtung, den Tag in irgend einer angemessenen Weise zu begehen. Waren doch die Opern „Martha“ und „Stradella“ durch Jahrzehnte eine starke Einnahmequelle für die Direktoren und wenn diese Quelle in der letzten Zeit versiehte, so lag es wahrlich nicht an den Kunstwerken. Sondern an der Art und Weise, wie man sie herausbrachte. Würde man an diese und ähnliche Opern nur den zehnten Teil jener Zeit wenden, die man der Einstudierung neuer, an Kraft und melodischen Erfindung tief unter jenen stehender Tonwerke widmet, so wäre es vielleicht um manche Aufführung besser bestellt gewesen. Die Wiedergabe der „Zaubervögel“ stand auf einem durchaus achtbaren Niveau. Die Besetzung war, bis auf kleine Abänderungen, dieselbe, wie im Vorjahre. Zu bemerken wäre, daß die drei „Damen in Trauer“ (ein Preisausgeschrieben für angemessene Kostümierung dieser Nachtgestalten ist hier sehr angebracht!) zu leise und undeutlich sangen und sprachen, wie überhaupt der Dialog in Bezug auf Akzentuierung einer gründlichen Aufbesserung bedarf. Die drei Knaben hingegen sangen viel lauter, als es ihnen zukommt. Als „Königin der Nacht“ debütierte ein Frä. Zielinska. Wenn die Dame eine irgendwie sympathische Stimme mitgebracht hätte, würde man das Debüt begriffen haben. Hat denn niemand die Sängerin vorher gehört, um ihr von einem Auftritte als Sörend für unser schönes Ensemble abzuraten? Schließlich ist unsere Bühne keine Versuchsstation. Bei der zahlreichen Verwandlungen empfiehlt es sich, die Bühne noch vielmehr zu verdunkeln. Einbild in das handwerksmäßige der Kunst sollten und könnten doch wohl der Wahrnehmung durch das Publikum entgegen werden.

Das Haus war außergewöhnlich gut besucht und auch der Beifall überstieg das Maß des sonst in dieser Oper üblichen um ein beträchtliches. Er konnte ganz gut als eine Demonstration gegen die Melodiosigkeit neuer Werke aufgefaßt werden.

F. M.

Aus aller Welt.

Der Antrag des Staatsanwalts im Methylnitrobenzol-Prozess. In dem Prozeß gegen Scharmach und Genossen wegen der Methylnitrobenzolvergiftungen war der Sonnabend durch

das Plädoyer des Staatsanwalts ausgefüllt, der mit einer einündigen Pause von 9 Uhr vormittags bis gegen 4 Uhr nachmittags sprach. Er beantragte gegen Scharmach wegen schuldigem Tötung und Körperverletzung, sowie auch event. wegen Betrugs fünf Jahre Gefängnis und zehn Jahre Ehrverlust, gegen Meyn und Pastrow je zwei Jahre Gefängnis und gegen Dahle neun Monate Gefängnis. Den Angeklagten Redomski beantragte er, freizusprechen.

Darauf wurden die Verhandlungen auf Dienstag verlagert, an welchem Tage die Plädoyer der Verteidiger stattfinden werden. Es wird an diesem Tage auch das Urteil zu erwarten sein.

Der Gesundheits-Anlage als Hochtapler. Ein Hochtapler und Abenteuerer hatte sich vor der Strafkammer zu Heidelberg in der Person des früheren Gesundheits-Analagen Dr. jur. Hans Brinck aus Baden-Baden wegen mehrfachen Betruges und Betrugsversuches zu verantworten. Der Angeklagte stammt aus guter Familie und hatte gute Anlagen, so daß ihm eine glänzende Zukunft gesichert erschien. Nach Beendigung seiner Gymnasialzeit studierte er in Heidelberg, Innsbruck, München und Rom Rechts- und Staatswissenschaften, machte sein Staatsexamen und promovierte in Greifswald zum Doktor. Zunächst wandte er sich der diplomatischen Laufbahn zu und war in Berlin, Paris, London und Wien. Nachdem er im Jahre 1904 seine Entlassung eingereicht hatte, ging er in die Schweiz, wo er ebenfalls eine Anstellung im Schweizerischen Staatsdienst erhielt. Er verheiratete sich auch dort mit einer Mädchen aus sehr guter Familie und lebte einige Zeit glücklich und zufrieden, bis die Ehe nach noch nicht einjähriger Dauer geschieden wurde, weil die Frau sich als raffiniert ausgeführter Schwindler erwies. Sein letztes Blut verleitete nun den Angeklagten, über seine Verhältnisse zu leben, so daß er Schwindler der Boden in Europa zu heiß wurde, flüchtete er nach Amerika, wo er als gemeiner Soldat ins Meer trat und nach einem halben Jahre zum Leutnant befördert wurde. Er ging dann mit seiner Truppe nach den Philippinen, verließ jedoch bald den Dienst wieder und trieb sich darauf in China, Australien und Südamerika umher, ohne jedoch festen Fuß fassen zu können. Schließlich trieb ihn das Heimweh wieder nach Hause, da ihm aber das Geld für die Überreise fehlte, ließ er sich auf einem Schiff anheuern und kam so wieder nach Deutschland. Da es ihm auch hier nicht gelingen wollte, eine feste Beschäftigung zu finden, so geriet er wieder auf seinen alten Weg der Betrug- und Kredithehlerbetriebe, die er zunächst in Heidelberg begann.

wo er die Kenntnis der Verhältnisse anwählte, um sich Diebstahnen gegenüber als alten Körperschüler auszugeben. Von dort aus verlegte er den Schauplatz seiner Tätigkeit nach Tübingen, wo er das alte Spiel weiter trieb, jedoch bald darauf auf Erlangen der Heibelberger Verbrechen, die seinen neuen Aufenthaltsort ausgetrieben hatten, verhaftet wurde. Nachdem ihn das Tübingener Schöffengericht, wie wir seinerzeit berichteten, zu sechs Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt hatte, sprach jetzt die hiesige Strafkammer wegen der in Heidelberg begangenen Verbrechen ihr Urteil, das unter Einbeziehung der Tübingener Strafe auf eine Gesamtstrafe von zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren lautete.

Auf der Suche nach Baurat. Wie jetzt zuverlässig festgestellt worden ist, haben die Banditen am Donnerstag Abend das Automobil im Walde von Senart gestohlen, um Bonnnot, der sich im Walde versteckt hielt, nach Paris zu bringen. Man glaubt, daß Bonnnot durch das Tor Verv nach Paris gelangt ist. Weiter nimmt man an, daß die Geldmittel, die der Bande bei den letzten Verbrechen in die Hände fielen, aufgebraucht sind und diese daher die Ausführung eines neuen Streiches planen. Zwei Spielbälle des verhafteten Carouy wurden auf der Strafe verhaftet. Sie hatten Wertpapiere im Betrage von 27000 Francs, die aus dem Raube Carouys stammen, einem Pariser Bankhaus zum Kauf angeboten.

Die Agentur „Feurnier“ teilt mit, daß die Polizei im Ghetto Le Roy bei Paris eine Automobilgarage umzingelt habe. In dieser Garage sollen die Banditen Bonnet, Garnier und ihr Versteck haben. Die Banditen verteilten sich durch drei Revolverkugeln im Unterleibe schwer verletzt. Nach kürzerem, vergeblichem Kampfe wurde beschossen; keine weiteren Menschenleben mehr zu erforschen und die Garage mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Zu diesem Zwecke wird augenblicklich aus Vincennes Dynamit herangeführt, um diesen Plan auszuführen.

Die verunglückte Gifferepeditio. Der Flieger Dollmüller mußte bei Segeberg auf unglücklichem Terrain landen. Das Untergerüst des Apparates wurde dabei von einem Erdwall fortgerissen und das Oberteil flog mit Dollmüller über den Wall, so daß der Flieger unversehrt blieb. Die mit einem Automobil in Hilfe gefandenen Monteur verunglückten; das Automobil in einen Graben fuhr und sich überflügelte. Ein Monteur wurde schwer verletzt, bei anderen erlitt einen Armbruch. Das Automobil wurde zertrümmert.

Aus den Markthallen.

Langsam aber stündlich mehrt sich das Angebot von Früh-
Tinggemüsen. War doch diese Woche schon verletzelt Spargel
verbreiten. Derselbe setzt auch mit einem verhältnismäßig an-
nehmbareren Preise ein und die Ware ist außerordentlich zart
und schön. Wenn das Weiter einigermassen einschlägt, so wird
der Spargel bald in größeren Mengen herangebracht und auch
billiger werden. Gegenwärtig wird der Spargel noch mit einer
Mark das Pfund verkauft. Würzige Morcheln werden zu recht
ansehnlichen Preisen abgegeben; man fordert für ein halbes
Pfund 70-80 Pfennige, kleine zerbrochene Stücker werden
billiger abgegeben, da kostet das halbe Pfund 50 Pfennig. —
Blattsalat gibt's vorläufig nur aus Frühbeeten, jedoch noch
eine ganze Zeit hoch bewertet wird; die Preise sind der der
Vorwoche gleich. Kapuziner kostet das Pfund 40 Pfennig,
Spinat 15 Pfennig. Gegenwärtig ist Spinat das ein-
zige Gemüse, das für die große Masse der Hausfrauen in Ver-
acht kommt, denn all die anderen schönen Sachen sind vorläufig
für einen Proletarier-Haushalt nicht erwirtschaftlich. Aber
auch die alten Gemüse sind sehr teuer geworden. Alle Möbr-
rüben müssen im Pfund mit 35 Pfennig bezahlt werden. Kraut
ist fast garnicht zu erlangen und Zwiebeln werden auch
rar; das Pfund von letzteren kostet 15 Pfennig. Kartoff-
feln, rote Rüben und große schwarze Rettige
sind zu den bekannten Preisen erhältlich. An einem Stande der
Gemüsegrößenhandlaren paradierten die ersten Erdbeeren, die
im Treibhaus gewachsen sind. Es werden hohe Preise dafür
verlangt. Ein gutes Kompost gibt der Habarber, der
reichlich vorhanden ist und davon das ganze Pfund 25 Pf.
kostet. Kerpel sind zwar auch noch vorhanden, aber 25-30
Pfennig muß man für die billigsten Sorten anwenden, gute
kosten 50-70 Pf. pro Pfund.

Die allgemeine Einschränkung im Verbrauch von Butter
veranlaßt wahrscheinlich die Gewerkschaftsmarkten zu einer
Ernährungsfrage der Butterpreise, denn in sehr vielen Märlern
wird sie für 1.50 Mark angeboten. Die auswärtigen Butter-
händler wollen sich aber durchaus nicht bequemen, ihre Preise
herabzusetzen, jedoch man noch 1.60 bis 1.70 Mark dafür zahlen
muß. Frische Landeier sind jetzt reichlich am Platze,
aber billiger werden sie nicht; man muß immer noch für die
Mandel frischer Eier 0.90-1.00 Mark zahlen.

Das größte Angebot von Pflanzenblumen ist jetzt zu ver-
zeichnen. Große Kisten mit Lor- und Kletterrosen, Stiefmüt-
tchen, Bergkriemhild und Gipsblümchen sind ausgesetzt, so-
daß man reichhaltige Auswahl treffen kann. Die Preise sind
etwas höher wie im vergangenen Jahre. Schnittblumen sind in
diesem schönen Wien vertreten und werden von Woche zu Woche
wohlfeiler.

*** Radrennbahn Grünheide.** Unter denkbar günstigstem
Wetter fand am Sonntag nachmittag auf der Radrennbahn die
Eröffnung der Frühjahrsfahrten statt. Rund 10.000 Personen
wohnten derselben bei. Mit einem Ermunterungsjahren mit zwei
Verläufen über je 800 Meter, das Thomas als Erster,
Hofenberger als Zweiter und Kittlaus als Dritter
gewann, wurden die Rennen eingeleitet. Das Eröffnungs-
rennen für Flieger mit vier Verläufen holte sich Wegener
als Erster, Zweiter wurde Hoffmann, Dritter Finn und
Vierter Pawle. Um der Großen Frühjahrspreis von Breslau
über 50 und 50 Kilometer hinter Motorenritten Linart-
Wegien, Scheuermann-Breslau, Stellbrink-Berlin
und Walthour-Amerika. Die ersten 30 Kilometer legte
Walthour in 24 Min. 44 Sek. zurück, Stellbrink folgte 30 Meter,
Linart 80 Meter und Scheuermann 300 Meter zurück. Im
50 Kilometerrennen war Linart Erster, Scheuermann Zweiter,
Walthour Dritter und Stellbrink Vierter. Fast alle Fahrer
hatten mehr oder weniger unter Motordefekten zu leiden, jedoch
Walthour und Stellbrink, denen der Sieg sicher war, sich mit
dem dritten und vierten Platz begnügen mußten. Das Gesamt-
ergebnis der beiden Rennen hinter Motoren ist folgendes:
Linart wurde mit 79.920 Meter Erster, Scheuermann
mit 79.300 Meter Zweiter, Walthour mit 77.300 Meter
Dritter und Stellbrink mit 72.776 Meter Vierter. Beim
Prämienfahren, dem Ersten jeder Runde 5 Mark, Schlussrunde
30, 20, 10 Mark, über 3000 Meter gleich 1/2 Stunden wurde
Wegener Erster, Hoffmann und Finn Zweiter bzw.
Dritter. Rundenprämien bestien sich Hoffmann, Cara-
pazzi und Padebusch, der Letztere allein vier. Das Par-
adefahren gewann nach viermaligem Start Pawle mit vierzig
Meter Vorgabe. Zweiter wurde Wegener-Berlin, der vom
Mal fuhr; den dritten Preis holte sich Sonntag mit 50,
und den vierten Stephan mit 50 Meter Vorgabe. Das
Renner ging über 1000 Meter gleich 5 Minuten.

Am Sonntag, den 19. Mai, wird der große Oberpreis, ein
Stundenrennen mit Motorführung, ausgetragen. Diefür sind
für diejenigen Bewerber, die am Abend erraten, in welcher
Reihenfolge die Fahrer am Ziel eintreffen und welche Strecke

dieselben zurückgelegt haben, Preise von 30, 20 und 10 Mark
in bar ausgesetzt.

*** Dorschwasserschuh und Oberstromauschuh.** Es hat den
Anschein, als ob es nun endlich mit dem Dorschwasserschuh vor-
wärts gehen sollte. Im Freitag und Sonnabend trat der Ober-
stromauschuh unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Dr.
v. Guenther zusammen, nahm Besichtigungen von Ober-
arbeiten und des Kanalgebäudes vor und hielt eine Sitzung ab.
Die die „Schleif. Ztg.“ zu melden weiß, wurden dabei Berichte
über den Stand der Bauarbeiten gegeben und die vorliegenden
Pläne erläutert. Es schlossen sich daran Besprechungen, die zum
Teil sehr ausführlich die Einzelheiten behandelten. Die Stadt
Breslau ist im Oberstromauschuh durch den Stadtbaurat
v. Scholz vertreten.

*** Vom schlesischen Frauenverband** wird uns geschrieben:
Die Tagung des schlesischen Frauenverbandes, der vom 1. bis
3. Mai seine Generalversammlung nach Liegnitz einberufen hat,
wird amheimlich stärker beachtet werden, als in den vergangenen
Jahren. Dazu mag allerdings auch beitragen, daß in den letzten
Jahren eine Reihe neuer Ortsgruppen entstanden sind und die
zur Verhandlung kommenden Vorträge ganz besonderes Inter-
esse für die schlesischen Frauen haben dürften. Aus Grund einer
Anfrage an 120 städtische Frauenvereinigungen schlesischer Städte
wird Frau Major aus Görlitz, die jahrelang selbst in der
Armen- und Waisenspflege tätig war, einen Vortrag über das
zeitgemäße Thema halten. Sie wird besonders die Not-
wendigkeit der Mitarbeit der Frau in der städtischen
Armen- und Waisenspflege hervorheben und die
günstigen Erfindungen beleuchten, die man mit der Anstellung
der Frauen gemacht hat. Ferner wird Frau Johanna Wäcker
aus Kassel über die so wichtige Berufsberatung der
möglichen Jugend sprechen. Gerade für Mädchen hat
diese Berufsberatung besondere Bedeutung, da der Gang der
Vorbereitung bei Mädchen noch sehr wenig geregelt ist, die Eltern
der die Schule verlassenden Mädchen, meistens auch
nicht genügend unterrichtet sind über die
vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten. In einer Abend-
versammlung sollen nach einem einleitenden Vortrag der Vor-
sitzenden, Frau Geheimrat Bremer aus Breslau, die Bedeutung
der Berufsarbeit der Frau für die Wirtschaftspolitik verschiedene
Vertreterinnen der einzelnen Berufe zu Worte kommen. Frau
Wäcker, Kassel, spricht als Handlungsgehilfin, Frau Alt,
Liegnitz, als Dechante, Fr. Schwanitz, als Lehrerin,
Frau Emma Seifert, Liegnitz, als Handwerkerin, Fr. Christiani,
Breslau, als Postbeamtin, Frau Selge-Lobental, Liegnitz, als
Hausfrau.

*** Wertmarken für die Straßenbahnkarten.** Die Wert-
marken zur Verlängerung der seit dem 1. April d. J. gelösten
Zeitkarten der städtischen Straßenbahn werden von jetzt ab auch
im städtischen Einziehungsamte auf der Elshabeststraße und in
sämtlichen Steuerzahlstellen mit Ausnahme der Stelle 1 auf der
Elshabeststraße verkauft. Neue Karten sind Steinstraße 71/73 zu
entnehmen.

*** Wenn der Arbeiter alt wird.** Aus dem Kreise der
Sattler wird uns geschrieben: Wie es mit der „gesicherten
Erntens“ des Arbeiters bis ins hohe Alter hinein aussieht, zeigt
folgender Vorfall: Der Betriebsleiter der Anwandmühle mütete
vor einigen Wochen dem Mühlenarbeiter zu, Maurer-
arbeiten (Stubebocken usw.) zu verrichten. Als der ältere
Mann das ablehnte, da es noch sehr viel andere
Arbeiten in dem Betriebe gebe, die in sein Fach schlugen,
wurde er kurzerhand entlassen. Der Betriebsleiter war in
der Anwandmühle acht Jahre beschäftigt und ist nach
dem Zeugnis des früheren Betriebsleiters ein durchaus tüchtiger
und ruhiger Arbeiter.

*** Warnung.** Die städtische Betriebsdeputation erläßt
folgende Warnung: Vor kurzem wurde auf einer Freileitung der
städtischen Elektrizitätswerke außerhalb Breslaus ein Stück
Stacheldraht gefunden, der von einem Arbeitersburken un-
willkürlich darauf geschleudert worden war. Der Draht be-
trifft gleichzeitig einen der Gürtelmaschinen und war so nicht nur
die Ursache einer Störung in der Stromausgabe, sondern auch
eine Gefahr für die Menschen.

Wir warnen deshalb eindringlich davor, Gegenstände, wie
Trichter, Händer, Schürze usw., auf die Leitungen zu werfen
oder deren herabhängende Enden oder, im Falle eines Bruchs
der Leitungen, diese selbst zu berühren.

Wir knüpfen hieran die Bitte, unsere Elektrizitätswerke vom
Aufhängen solcher Gegenstände auf den Leitungen umgehend,
tunlichst mit Telephon Nr. 231, zu benachrichtigen und Personen,
die dies schuldhaft herbeiführt haben, zu nennen, damit sie zur
Verantwortung gezogen werden können.

*** Der Schuhmacherverband** hielt am Mittwoch seine
Quartalsversammlung ab. Kollege Keiner gab den Kassen-
und Geschäftsbericht, dem zu entnehmen ist, daß die Einnahmen
in diesem Quartal ihren höchsten Stand seit dem Bestehen der
Zahnhalle aufzuweisen haben. Die Ausgaben an Arbeitslohn

und Krankenunterstützung waren verhältnismäßig niedrig.
Kassenverhältnisse der Kasse haben sich ebenfalls gebessert.
Die Mitgliederzahl hat um 52 zugenommen. Aus dem Geschäft-
liche Mitglieder haben um 52 zugenommen. Den Bericht von der
Vorlesung gab Kollege Gottwald. Eine Diskussion darüber
findet nicht statt. Mit einer Aufforderung, auch in der Zukunft
für die Ausbreitung der Organisation zu sorgen, wurde die
Versammlung geschlossen.

*** Deutscher Montistenbund, Ortsgruppe Breslau.**
Die Ortsgruppe hatte sühnungsgemäß ihre Eintragung in das amt-
liche Vereinsregister nachgesucht, um dadurch die juristische
Persönlichkeit zu erlangen. Gegen die Eintragung hatte indes-
sen das hiesige Polizei-Präsidium Einspruch erhoben, weil der Verein
angeblich religiöse und politische Zwecke verfolge. In
Verfolgung dieses Einspruches hatte der Verein gegen das
Polizei-Präsidium Klage beim hiesigen Bezirksauschuss erhoben
und damit erreicht, daß das Polizei-Präsidium seinen Einspruch
zurückgenommen hat. Durch die nun folgende Eintragung
des Vereins hat dieser als erste preussische Ortsgruppe des
deutschen Montistenbundes die selbständige Rechtsfähigkeit erlangt.
In der nächsten Mitteilerversammlung, Montag, den 6. Mai
abends 8 1/2 Uhr, im Vereinszimmer des Breslauer Konzerthauses,
spricht Herr Oskar Haupt aus Breslau über „Die Entstehung
des Montismus aus der Erkenntnis des Weltalls“. Gäste sind
wie stets willkommen. Beitrittssekretärin nimmt an Schrift-
führer Dr. Püschel in Breslau, Tauenzienplatz 15.

*** Die Beförderung von Personen mit übertragbaren
Krankheiten.** Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß
Trocknen und andere dem öffentlichen Verkehr dienende Loh-
fuhrwerke zur Beförderung von Personen mit ansteckenden Krank-
heiten nicht benutzt werden dürfen, daß aber besonders städtische
Krankentransportwagen im Allerheiligen-Hospital zur Verfrachtung stehen
und von dort unter Angabe der Krankheit auch durch Fern-
sprecher herbeigerufen werden können. Die Gebühr beträgt für
jede Beförderung 3 Mark, nach nicht städtischen Krankenhäusern
Wohnungen usw. 6 Mark, nach Orten über die Stadtgrenze
hinaus mindestens 10 Mark.

*** Der Quellsprung.** Wegen Zweifels amts mit tödlichen
Waffen mußte sich der Rechtsanwält Ernst Schramm vor der
Strafkammer verantworten. Er hatte im November 1911 in einem Lokale mit einem fremden
Herrn Streit bekommen. Der Streit setzte sich noch auf der
Straße fort und führte dazu, daß der Fremde den Studenten
ein Gesicht schlug und dann verschwand. Nach zwei Monaten
sah der Geschlagene seinen Anzettel zufällig in einem anderen
Lokale. Schramm ließ nun durch einen Schulmann seine Per-
sonalien feststellen und sandte ihm am nächsten Tage durch
den Stud. Jur. Gerhard Pfand eine Pistolenforderung.
Der Geforderte war Reserveoffizier, weshalb die Sache dem Ehren-
rat unterbreitet werden mußte, der „nur eine Sabelnmanur erlaubte,
die dann auch ausgeführt wurde. Von dieser Kauferei erhielt die
Polizei Kenntnis, und so wurden die Beteiligten wegen Zweifels amts
mit tödlichen Waffen angeklagt. Die Strafkammer verurteilte
Schramm zu drei Monaten Festungshaft und Pfand
wegen Kartellens zu einer Woche Festung. Mit dem
Duellgegner wird sich das Kriegsgericht beschäftigen.

*** Jugendliche Türklindende.** In der Zeit vom
September 1908 bis zum Juni 1909 wurden in den verschiede-
nen Stadtteilen Breslaus, meistens zur Nachtzeit, die meistens
Türklinden von den Hausfrauen abgehraubt, ohne daß man den
Täter auf die Spur kommen konnte. Schließlich ermittelte die
Kriminalpolizei als Diebe den Antreiber Richard Brendel
und den Antreiber Richard Gschöbn, zwei junge Leute,
die mit den gestohlenen Klinden ein schönes Stück Geld erwor-
ben haben. Der Produzenthandler Josef Jezierski, der
wegen Hehlerei bereits einmal bestraft ist, kaufte die gestohlenen
Türklinden zu Hehlpreisen. Wegen höherer Diebstahls im
mehr als zwanzig Fällen mußten sich Brendel und Gschöbn
Freitag vor der hiesigen 2. Strafkammer verantworten. Neben-
 ihnen hatte auch Jezierski auf der Anklagebank Platz zu neh-
men, denn ihm letzte die Anklage gewerbs- und gewohnheits-
mäßige Hehlerei zur Last, im Vergehen, auf das nach dem
Strafgesetzbuch nur Zuchthausstrafe nicht unter einem Jahre
steht. Während die jugendlichen Diebe ihre Straftaten ein-
räumten, verlegte sich der dritte Angeklagte aufs Leugnen.
Jezierski wurde entsprechend dem Antrage des Staats-
anwalts zu einem Jahre sechs Monaten Zuchthaus verurteilt und im Gerichtslokal verhaftet. Brendel
erhielt sechs Monate, sein Diebstahlskollege Gschöbn fünf
Monate und zwei Wochen Gefängnis zur Strafe.

*** Vom eigenen Fahrwert überfahren.** Als am Sonn-
abend nachmittag gegen 4 Uhr der Stellenbesitzer Müller aus
Marienau, Kreis Breslau, mit einer Fuhrer Dinger aus dem
Grundstück Walthourstraße 20 herausfuhr, wurde das Pferd
unruhig. Die Leine zerriß und Müller verlor die Gewalt über
die Fierce. Er stürzte vom Wagen und die Räder gingen ihm
über den rechten Arm. Schwerverletzt wurde er mittels Droschke
nach der Maxiklinik gefahren. Seine Frau wurde telephonisch
benachrichtigt.

Damaskus in Flammen. Ein großer Teil des Bazar-
viezecks von Damaskus steht in Flammen. Die Feuer-
brunst brach in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend
um Mitternacht aus. Die Ursache der Entzündung ist noch un-
bekannt. Die deutsche Konsulnbank und die Ottomankbank sind
unversehrt. Wie es heißt, ist nur ein Teil der Häuser und
Waren verbrannt. Die Löscharbeiten dauern fort. An denselben
beteiligt sich das Militär. Mehrere Tote wurden gezählt. Der
Schaden beträgt schätzungsweise 50 Millionen Franken.
Der Bazar Samanie ist vollständig eingeeasert. Die
Ottomankbank ist in Gefahr, von den Flammen ergriffen zu
werden. Die Löschung des Feuers wird durch das
Fehlen von Eimern, Spritzen und Pumpen
sehr erschwert. Die Zahl der Toten und Verwunden
ist bis jetzt noch nicht festgestellt. Zwei Regimenter, ein
Kavallerie- und ein Infanterie-Regiment, sind an den Lösch-
arbeiten beteiligt. Die Soldaten reißen alle Häuser in
der Nähe des Brandherdes ein, um ein weiteres Aus-
breiten des Feuers zu verhindern. Die Parade anlässlich
der Thronbesteigung des Sultans ist abgefast worden.

Der Mord in der Eilenriede aufgefährt. Den Nach-
forschungen der Polizei ist es gelungen, den Hergang des Mordes
an der Blätterin Sonnenberg aus Stargard festzu-
stellen und den Täter festzunehmen. Der Mörder ist der
Bauamann der Sonnenberg, der Hilfsgerichtsbeamte Schmandt
in Hannover. Dieser hatte sich mit zwei Freunden nach der
Bahn begeben, um seine Frau abzuholen. Sie nahmen an ver-
schiedenen Stellen Auffstellung um das Mädchen nicht zu ver-
passen. Als die Sonnenberg ankam, führte Schmandt sie in das
nahegelegene Cafe Continental und begab sich dann wieder zu
seinen Freunden, mit denen er zum Schein die Partie nach dem
Mädchen absprach. Schmandt trennte sich dann von seinen
Freunden und begab sich in seine Wohnung. Gegen 1 Uhr nachts
hat er die Sonnenberg aus dem Cafe abgeholt und ist mit ihr
zur Eilenriede gegangen. Wegen der Peirat, zu der die Sonnen-
berg drängte, kam es dann zu Streitigkeiten zwischen den beiden,
worauf die Sonnenberg einen ungeladenen Revolver den sie bei
sich trug zog. Schmandt verfehrte ihr dann mit seinem Schirm
einen tödlichen Schlag über den Kopf und fingierte dann, um die
Tat zu verdecken, Raubmord.

Geldschrankräuber an der Arbeit. Geldschrankräuber,
die in der Nacht vom Sonntag zu Montag der Wändleiche von
Meusel in der Müllerstraße in Berlin einen hüben Betrag
abstahlten, erbeuteten für 40 bis 50 000 Mark Juwelen. Sie
hatten in Erfahrung gebracht, daß die über dem Boden liegende
Wohnung ganz leer ist, waren in diese eingedrungen und
hatten von hier aus in den Fußboden ein Loch gebohrt. Als die
Decke des Bodens so durchbrochen worden war, stiegen sie mittels
1. B. 2.

einer Strickleiter hinauf. Auf demselben Wege haben sie dann
auch mit der Beute wieder die Flucht ergriffen. Von den außer-
ordentlich raffiniert zu Wege gegangenen Verbrechen fehlt jede
Spur. Man vermutet in ihnen Mitglieder einer internationalen
Diebes- und Einbrecherbande, die schon viele derartige Einbrüche
auf dem Kerbholz haben und die schon von verschiedenen Ger-
ichts- und Polizeibehörden gesucht werden, die sich aber bisher
jeder Verhaftung zu entziehen wußten.

Das Urteil im Gewehrdiebstahlprozess. Das Urteil in
dem Prozeß wegen der Gewehrdiebstahle in deutschen
Kassen- und Munition-Fabriken wurde am Sonnabend ver-
fäändert. Der Angeklagte Hellstrich wurde wegen gewerbs-
mäßiger Hehlerei zu einem Jahr und neun Monaten
Zuchthaus und drei Jahren Exerzieren verurteilt. Frau
Hellstrich wurde freigesprochen. Die des Diebstahls beschuldig-
ten Inneeklagen Fagner und Stegelberg wurden zu neun bzw.
drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein englischer Schuß. Bei einer Zielübung der
Schuhmannschaft in Berlin wurde der Schuhmann Wendt
von seinem Kameraden Hoffmann, der durch ein bisher nicht
aufgeklärtes Vergehen seine Pistole scharf geladen hatte,
angeshossen und schwer verwundet. Der Verwundete
wurde in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus
gebracht.

Meuterei eines Gefangenenentrückers. Während der
Einfahrt des Polizeiges in der Station West Vitowst, in
Rußland, in welchem sich ein Transport Gefangener be-
fand, überfielen diese die Begleitmannschaft, entwaffneten
dieselben und begannen auf die Wächter und das Bahn-
personal zu schießen und zu flüchten. Sie wurden
jedoch von einer schnell herbeieeilten militärischen Schutzmache
umzingelt. Sieben Gefangene sind dabei getötet, ein Gefan-
gener und ein Soldat verwundet worden.

Großfeuer. Eine gewaltige Feuersbrunst äscherte bei
Schönwälder drei Höfe ein. Insgesamt wurden vier
Wohnhäuser und acht Scheunen und Stallgebäude von den
Flammen vernichtet. Die Hofbesitzer Flohr und Gade
wurden durch herabfallende Balken lebensgefährlich verletzt.

Sechs Kinder durch eine Kalkexplosion verletzt. Ein
bellagener Unfall ereignete sich in der Müllerstraße in
Berlin. Dort hatten Kinder ungeladenen Kalk in eine leere
Flasche gefüllt und Wasser hinzugegossen. Die Flasche explo-
dierte und sechs Kinder wurden von dem unterliegenden
Glas und Kalk teils schwerer, teils leichter verletzt. Bei drei
von den Kindern ist zu befürchten, daß das Augenlicht ver-
loren ist.

Ein Automobilunfall. Bei dem Dorfe Uckeritz auf
der Insel Uckeritz in Pommern geriet das Automobil der
Provinzial-Bauverwaltung ins Schleudern und stürzte um. Da-
bei wurde der Ingenieur Bruno Janisch vom Kabelwerk Ders-
poree bei Oberichnoweide getötet, der Ingenieur Bach-
mann aus Stettin schwer und der Führer des Autos,
Ingenieur Ritter, leicht verletzt.

Soldatenmishandlung. Der Unteroffizier der
1. Kompanie des 11. Infanterieregiments in Regenbuzg,
Johann Barfaval, wurde wegen schwerer Mishandlung
Untergebener zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.
Er hatte im März dieses Jahres nach anstrengendem Marsch
vier Soldaten in der Antikegasse nach Gewehr 50 mal heimwärts
ebenfalls aufwärts und rückwärts strecken und die Mann-
schaften dann noch Laufschrift machen lassen. Ein Soldat war
schonmählich zusammengebrochen und mußte ins Lazarett gebracht
werden.

Verbotenes Wirtschaftsbefuch. Wie in verschiedenen
anderen Städten, so hat auch in Meissen die Polizei die Be-
fugnis, in gewissen Fällen gegen jemanden das sogenannte
Schantstättenverbot auszusprechen, es darf dann der
mit dem Verbot Bedachte kein Wirtschaftsbefuch. Weikens
wird das Verbot über säumige Schuldner verhängt, die
bei der Stadt- oder Steuerkasse noch in der Kreide
stehen. Das Verbot traf auch einen Zigarrenfabrikanten, der
mit seiner Steuerzahlung im Rückstande war. Cines Tages kam
nun die Polizei dahinter, daß der Mann doch einen Wenden-
schoppen getrunken hatte und erhob gegen ihn Klage, die vor
dem Schöffengericht verhandelt wurde. Zu seiner Ver-
teidigung führte der Angeklagte an, daß er Geschäftsmann sei
und unter seinen Kunden auch viele Gastwirte zähle. Diese
rechneten aber mit einer Gegenleistung, wenn er sie nicht ein-
mal ab und zu besuche, kauften sie ihm nicht mehr ab. Das
Gericht folgte diesen Ausführungen aber nicht, sondern sprach
eine Haftstrafe von einem Tage aus. In der Begründung
des Urteils wurde ausgeführt, daß es den Verurteilten freige-
standen habe, Gastwirtschaften lediglich um Geschäfte zu machen,
zu besuchen, er habe aber bei den inkriminierten Wendenhöpchen
lediglich die Annehmlichkeiten des Wirtschaftsbefuchs genießen
wollen und sich dadurch eines Bruchs des Schantstättenverbots
schuldig gemacht. Ein solches Verbot läßt sich natürlich nur in
kleineren Städten durchführen, wo der einzelne in seinem Zun-
und Lassen leicht überwacht werden kann. Andererseits erscheint
es freilich nicht unbedenklich, denn es wird manchen veranlassen,
die unangenehme Stadt zu verlassen und in den Bogen der Groß-
stadt unterzutauhen, in der ihn niemand kontrollieren kann.

Vollstreckung.

Zur letzten Vorstellung des satirischen Stückes „Fiat justitia“ (Es lebe die Gerechtigkeit), die am heutigen Montag abend, den 28. April, im Lobe-Theater, stattfindet, sind für unsere Mitglieder Billets zu dem ermäßigten Preise von 15 bis 90 Pfg. zu haben.

Die Billets werden im Laufe des heutigen Tages in unserer Expedition ausgegeben, wir können den Genossen den Besuch nur aufs wärmste empfehlen.

Eine neue Polizeiverordnung über das Trossschleppwesen ist für Breslau in Sicht. Das Polizeipräsidium hat den beteiligten Vereinen und der Fuhrerren-Innung je einen Entwurf zugesandt und sie aufgefordert, sich innerhalb vier Wochen zu äußern. In außerordentlichen Sitzungen der Vereine wird gegenwärtig über den Entwurf verhandelt.

Bersammlung der Gewerbegerichtsbesitzer. In der am Freitag im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Sitzung der Besitzer (Arbeitnehmer) hielt der Arbeitsekretär Pektzer einen Vortrag über: „Das Gewerbegericht als Einigungsamt und als Gutachter.“ Die deutschen Gewerbegerichte seien im Jahre 1910 nur 111 mal als Einigungsamt zur Schlichtung von gewerblichen Streitigkeiten angerufen worden, das sei eine auffallend geringe Zahl. Das Gewerbegericht kann in Fällen von Streitigkeiten, welche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Bedingung der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses entstehen, als Einigungsamt anzurufen. Die Tätigkeit des Einigungsamtes — und darüber herrscht noch große Unklarheit — soll keine gerichtlich autoritative, mit Vollstreckungsbezug ausgedrückt, sondern lediglich eine vermittelnde, auf freiwilliger Anerkennung beruhende sein. Der gefällte Schiedsspruch ist daher kein bindendes Urteil, sondern ein den Streitenden von unparteiischer Seite, d. h. von einer Seite, in welcher beide Parteien vertreten sind, gemachter Vermittlungsspruch, dem sie sich fügen, den sie aber auch ablehnen können. Jedenfalls sei das Einigungsamt eine Institution, die bestrebt ist, durch vermittelnde Tätigkeit Frieden im wirtschaftlichen Leben zu stiften. Das Gewerbegericht ist berechtigt und sogar verpflichtet, auf Anfragen von Staatsbehörden die Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben. Zur Abgabe von Gutachten und Ausschüsse eingeschalt. Die Ausschüsse sind aber auch berechtigt, aus eigener Initiative Gutachten abzugeben und Anträge zu stellen. Der Referent erörterte alle die Anträge, die im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung des Gewerbegerichts erforderlich sind. Wegen des Gewerbegerichts hat der Ausschuss den Antrag gestellt, beim Magistrat das Ersuchen mit Einrichtung einer zweiten Spruchkammer zu stellen. Der Magistrat hat den Antrag genehmigt und wird sich die Stadtverordnetenversammlung bald mit der Angelegenheit beschäftigen.

In der Aussprache über die Rechtsprechung des Gewerbegerichts wurde zwar allgemein die objektive Beurteilung der Streitfälle anerkannt, jedoch beklagt, daß so viele Vergleiche herbeigeführt werden. Der Vortragende sei allerdings gesetzlich verpflichtet, einen Vergleich anzubahnen; dort aber, wo die Sache zur Klärung eines Urteils klarliege, die Parteien schon einmal den Vergleich abgelehnt haben, sollte entschieden ein Urteil ergehen. Es wurde beschlossen, in der Vergleichsfrage eine Ausschussung zu beantragen. Es wurden noch die Erfahrungen ausgetauscht, die die Besitzer bei ihren Sitzungen gemacht haben. Recht interessante Streitfälle kamen zur Erörterung.

Das Arbeiter-Sekretariat ist am 1. Mai geschlossen.

Metallarbeiter-Verband. Am 1. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, veranstaltet der Metallarbeiter-Verband im „Goldenen Repter“, Klosterstraße 47, für alle den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiernden Kollegen und Kolleginnen eine große Versammlung. Kollege Philipp wird über „Die Maßnahmen und ihre Bedeutung“ einen Vortrag halten. Die Ortsverwaltung erwartet, daß alle feiernden Kollegen und Kolleginnen pünktlich erscheinen. Alle an der Versammlung teilnehmenden erhalten am Saalange eine von der Ortsverwaltung herausgegebene Markkarte ausgehändigt. Diese Karte dient als Ausweis für ihre Beteiligung. Das Verbandsbüro ist am ersten Mai geschlossen. Ferner verweisen wir darauf, daß unsere angelegtesten Hauskassierer am ersten Mai ebenfalls feiern. Die Mitglieder, die sonst regelmäßig Mittwoch nachmittag, haben für diese Woche den Kassierer freitags zu erwarten. Die Ortsverwaltung.

Zur Tarifbewegung der Bäcker. Auf mehrfache Anfrage hin teilen wir mit, daß der Bäckermeister Berger, jetzt Wapoltstraße 18, bei der vorjährigen Lohnbewegung den Tarif der Gesellen nicht anerkannt hat und somit nicht als tariflos gilt. Bäcker- und Konditorenverband.

Achtung, Lederarbeiter! Heute, Montag, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses: Außerordentliche Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Die Antwort der Arbeitgeber über Gewährung einer Feuerungs-Zulage.

Zentralverband der Sandbläsergehilfen und -Gebläsen. Dienstag, den 30. April, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3/4, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des 1. Mai, Referent Redakteur R. Dronski. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Vorstand.

Einem Leiterlandflug unternahm Sonntag früh der Pilot Lübke mit dem Oberleutnant v. Hymmen. Sie wollten vom Sandauer Flugplatz nach Schweidnitz fliegen. Wie die „Schles. Zig.“ berichtet, kamen sie aber nicht weit. Bereits nach Zurücklegung einer etwa 16 Kilometer langen Strecke mußten sie wegen eines Defekts an dem Flugzeug landen. Die Landung erfolgte ohne Unfall dicht an der Breslau-Cantier-Schiffbauwerkstatt dem Reibnitzer Südpark und dem Dorfe Groß-Schottgau mitten in einem Getreidefeld, ungefähr um 5 1/2 Uhr morgens. Die Piloten sind nach Breslau zurückgekehrt.

Liebich's Cabliffement. Morgen, Dienstag, den 30. cr. findet das April-Programm mit dem Abschieds- und Ehrenabend für Hartlein seinen Abschluß.

Mittwoch, den 1. Mai, gastiert zum 1. Male das Ensemble des Berliner Neuen Schauspielhauses (Direktion Alfred Palm) mit der fünfaktigen Burleske „Eine Million“ von Georges Berr und Marcel Guillemaud, Deutsch von Erich Moll. Die während der Burleske zur Vorführung gelangenden kinematographischen Zwischenstücke, in denen sich die Vorgänge auf der Szene unmittelbar fortsetzen und von einem Akt zum anderen hinüberleiten, sind von der Firma Leon Gaumont-Paris. Die Preise und Einteilung der Plätze bleiben genau so wie im Winter.

Victoria-Theater. Dienstag unwiderruflich letzte Vorstellung mit der Neuver „So leben wir!“, der Operette „Prinzessin Monroy“ und dem bunten Teil. Am Mittwoch, 1. Mai, beginnt ein vollständig neuer Spielplan. Da zu sind eine Menge guter Kunststücke verpflichtet worden, u. a. der bestbelegte Pantomime und Ekanonier Otto Otto. Zur Aufklärung gelangt ferner die Ensemble-Burleske „Breslau auf Stelzen“, worin Max Marzell als Quasimodo die Hauptrolle spielt. Billets sind jetzt schon im Vorverkauf zu haben.

Das Waschen und Schwemmen von Pferden betreffend bringt der Polizeipräsident die Polizeiverordnung vom 20. September 1908 in Erinnerung, wonach das Waschen und Schwemmen von Pferden an nicht besonders dazu ausgestatteten und besetzten Plätzen der öffentlichen Gewässer mit 1-9 Mk. Geldstrafe oder entsprechendes Haft geahndet wird.

Statistischer Wochenbericht. In der Woche vom 14. bis 20. April sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 132 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 275 Kinder geboren, davon waren 201 ehe-lich, 74 unehelich, 261 lebendgeboren (151 m., 110 w.), 14 totgeboren (9 m., 5 w.). Mit den 7 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 179 Sterbefälle (93 m., 84 w., darunter 20 Ortsfremde) in der Berichtswache gezählt worden. Von den Gestorbenen waren 38 unter 1 Jahr alt (22 ehelich und 16 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Tuberkulose 24, Krankheiten der Atmungsorgane 23, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 15, Selbstmord 1, Unglücksfälle 8, und alle übrigen Todesursachen 100. An übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet: Diphtherie 5, Scharlach 23, kindliche Kinderlähmung 1, Wochenbettfieber 2, Unterleibstypus 3, Milzbrand 1. In den hiesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 2097; es kamen hinzu 884, es starben 51, es gingen ab 722, so daß am Ende der Woche 3108 verblieben.

Verhaftete Masse. Auch die Höfchenstraße 28, 1 wohnhafte Masse ist wegen dringenden Verdachts des Verbrechens wieder festgenommen worden.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend abend gegen 7 Uhr vor dem Hause Lohestraße 46. Dort spielten mehrere Kinder, als das sechsjährige Mädchen Helene Ruckaynsky aus dem Hause Lohestraße 61 von einem Privat-Auto überfahren wurde, das Auto ging ihm über beide Beine und streifte den Kopf. Die Insassen des Autos brachten das schwerverletzte Kind nach dem Wenzel-Schädel'schen Krankenhaus. **Ermiittelt.** Die unbekannte Leiche, die am 4. April an der Werberbrücke aus der Oder gelandet wurde, ist als die des Arbeiters August Bernahle ermittelt worden, der von seiner Ehefrau getrennt lebte und jedenfalls Selbstmord verübt hat.

Gelandete weibliche Leiche. Die Leiche der aus Russland hier zu Besuch weilenden Luchsehrerin Frau Freudenberg, die, wie bereits gemeldet, am 23. März an der Pflasterinsel in der Oder ihren Tod suchte, ist bei Schöbzig, an der Einmündung der Weide, aus dem Oderstrom gelandet worden.

Reiner Fahrraddieb. Der Fahrradieb, der am Dienstag einen Radler in das Präsidium mit einem Rade sandte, das er dort abliefern sollte, hatte ihm auch einen Betrag an das Polizeipräsidium mitgegeben, worin er mitteilt, daß Rad sei in Klettenberg gestohlen, er überbringe es dem Präsidium, um nicht in den Verdacht der Diebstahl zu kommen. Das betreffende Fahrrad hat die Marke „Präsident“ und die Nummer 175 132; es kann vom Eigentümer im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums in Empfang genommen werden.

Beschlagene Fahrrad wurde am 11. d. Mts. ein Fahrrad „Schnel“, Nr. 72 788, mit schwarzen Felgen, Rahmenpumpe, Vogerlenkänge mit Hohlband unmittelbar, aus der Mode ein S, ferner ein Fahrrad „Präsident“, Nr. 175 132, mit gelben Felgen, roten Mänteln und Vorkaulenkänge. Die Eigentümer dieser Fahrräder werden ersucht, sich im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums zu melden.

Verloren wurde am Sonntag ein Mitgliedsbuch des Metallarbeiterverbandes; es trägt die Nr. 289 400. Der Finder wird ersucht, das Buch im Metallarbeiter-Bureau, Kleine Polzstraße 3, abzugeben.

Gefunden wurden ein Fahrrad, ein gestrichelter Kinder-Kumpfhalter, eine goldene Damenuhr, eine Waage mit Photozaphre, ein Hemd, eine Messingwagenlawel, eine silberne Schmutztabakdose, ein silbernes Armband und ein Portemonnaie mit Inhalt. — Zu erfragen im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Neueste Nachrichten.

Die Wahlen in Wien.

Wien, 29. April. Im Bezirk Ottakring, wo am Sonntag abend bei einer Nachwahl im 3. Wahlkörper ein sozialdemokratischer Stadterordneter gewählt wurde, eroberten die Sozialdemokraten gleichzeitig sämtliche zehn Mandate für die Bezirksvertretung.

Zum Duellknug.

Berlin, 29. April. Wie in parlamentarischen Kreisen bestimmt verlautet, beabsichtigt das Zentrum, in der kommenden Debatte über die Heeresvorlagen in der Budgetkommission des Reichstages den Antrag zu stellen, das Militärstrafgesetzbuch dahin umzuändern, daß jede Art von Duellvergehen mit sofortigen schlichten Abschied zu bestrafen sei. — Drei Fragezeichen!

150 Millionen Heberschuld in England.

Paris, 29. April. Nach dem „Echo de Paris“, das längere Berichte über die Budgetverhandlungen in London veröffentlicht, kann es als sicher gelten, daß der diesjährige Budgetüberschuss in der Höhe von 150 Millionen Mark nicht, wie es eigentlich das Finanzgesetz vorschreibt, in den Staatsfonds überwiesen wird, sondern vielmehr dazu Verwendung finden soll, den Flossenbestand Englands zu vermehren. Dieser Entschluß der englischen Regierung ist als die Antwort um als erster Schritt Englands auf das deutsche Rüstungsprojekt anzusehen. Lloyd George wird demnächst im englischen Unterhaus einen dahingehenden Antrag der Regierung einbringen.

Zum Matrosen- und Heizerstreik auf der „Olympic“.

London, 29. April. Meldungen des „Standard“ zufolge sind die als Ersatz für die streikenden Seeleute auf der „Olympic“ angeheuerten Matrosen und Heizer gestern wieder entlassen worden. Zahlreiche Passagiere der „Olympic“ werden sich nunmehr an Bord des „Vaderland“ begeben, der heute die Reise nach New-York antreten soll. Andere wiederum werden heute an Bord des Dampfers „Majesty“ folgen. Die „Olympic“ liegt noch immer still und die Streikenden haben alle Aussicht, mit ihren Forderungen durchzubringen.

Gewerkschaftliche Schiffskontrolle.

London, 29. April. Die Liverpooler Gewerkschaft der Matrosen und Heizer hat im Anschluß an den Streik auf dem Dampfer „Olympic“ beschlossen, den bevollmächtigten Vertretern des Gewerkschaftsverbandes für die Zukunft das Recht zu erwirken, jedes von Liverpool abgehende größere Schiff vor der Abfahrt dahin inspizieren zu dürfen, ob genügende und brauchbare Sicherheitsvorrichtungen und Rettungsboote an Bord vorhanden sind. Diese Kontrolle soll von heute ab auf jedem Schiffe angewendet werden.

Der Grenzkommissar als Spion?

Petersburg, 29. April. Zur Verhaftung des deutschen Grenzkommissars Dreßler wird von gut informierter Seite noch berichtet, daß Dreßler seit langen Jahren die besten Beziehungen zu den russischen Behörden unterhalten hatte und daß er ihr volles Vertrauen genoß. Man konnte ihn, trotzdem mit der Zeit dies und jenes durchsickerte, doch zuerst nicht das geringste nachsagen, bis er durch seine häufigen Besuche in Romo und in Wilna die Aufmerksamkeit der russischen Behörden auf sich lenkte. Er wurde im geheimen einer sehr strengen Kontrolle unterstellt und man beauftragte ihn Tag und Nacht. Diese Kontrolle soll nun unbedingt ergeben haben, daß Dreßler das ihm gesollte Vertrauen der russischen Behörden auf größtmögliche getäuscht hatte. Durch seine Verhältnisse in Romo habe er sich in der letzten Zeit eine

vorzüglich eingerichtete Spionage-Organisation geschaffen. Er hatte übrigens mehrfach selbst, sowie durch seine Agenten Versuche gemacht, wichtige militärische Dokumente zu erwerben, um Effekten und Waffenstücke an sich zu bringen. Inwiefern ihm das gelungen ist, steht wohl noch nicht bestimmt fest, jedenfalls ist von den Erfolgen der bisher getriebenen Untersuchung nach dieser Richtung noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Den fortwährenden Behauptungen Dreßlers, daß er vollständig unschuldig sei und von alledem, was man ihm hier zur Last lege, auch nicht das mindeste wisse, sehen die russischen Behörden die Behauptungen gegenüber, daß sie sich im Besitz von Papieren und Briefschaften befinden, die für Dreßler sowohl, wie auch für verschiedene andere bereits verhaftete Mitarbeiter und Mitarbeiter Dreßlers außerordentlich kompromittierend seien und durch die vor allen Dingen gewisse Verbindungen Dreßlers, aus denen seine Spionage-Tätigkeit unzweifelhaft hervorgehe, festgestellt worden seien.

Aus Oklahoma.

New York, 29. April. Verschiedene Meldungen aus Oklahoma berichten über einen juristischen Skandal, der die ganze Gegend fürchterlich verwirrt und verheert hat. Die Ortschaft Lugert soll vollständig zerstört worden sein. Hier soll nicht ein einziges Haus mehr stehen. Die Gewalt des Orkans war so groß, daß ein ganzer Eisenbahnzug, als er gerade in den Wirbelsturm hineinfuhr, umgeworfen wurde. Hierbei sollen mehrere Passagiere getötet und eine ganze Anzahl anderer Reisender schwer verletzt worden sein. Ein Geizhals ist mit Verletzen und Rettungsmitteln nach Lugert abgegangen. Der durch den Orkan angerichtete Schaden beläuft sich auf Millionen. Eingehende Berichte liegen noch nicht vor. Man befürchtet auch den Verlust von Menschenleben.

Des Verbrechers Ende.

Paris, 29. April. Bonnot, das vielgenannte Haupt der Automobilbanden, der noch vor drei Tagen den Unterchef der Pariser Sicherheitspolizei Jouin niederschloß, ist nun doch endlich seinem Schicksal anheimgegeben und in die Hände der Pariser Polizei gefallen, allerdings nicht lebendig, sondern nur als Leiche. Nach der Belagerung der Verbrecher in der Automobilstation in Champs Elysees und über die Sprengung des Hauses, welches noch weiter berichtet, daß der Leutnant der republikanischen Garde Fontana unter dem Schutze eines mit Stroh beladenen Wagens zwei Dynamitbomben an eine Mauer des Hauses legte, während aus dem Innern des Gebäudes fortwährend Schüsse trafen. Es erfolgte aber vorläufig noch keine Explosion und der Versuch mußte erneuert werden. Diesmal zündete die Bombe und gegen Mittag erfolgte unter einem dumpfen Knack die erste Explosion, der dann bald darauf eine zweite Explosion folgte. Nach der ersten Explosion wurden aus der Wohnung vier Schüsse vernommen. Die Banditen hatten, als sie die Wirkung der ersten Explosion sahen, wie man auch vorher schon vermutet hatte, Selbstmord begangen. Nach der zweiten Explosion stürzte die Hintermauer des Hauses mit einem fürchterlichen Knack zusammen. Das erste Stadtwort blieb jedoch ziemlich unberührt. Der Chef der Pariser Sicherheitspolizei Guichard brang in Besetzung von zehn Polizeikommissaren in eines der Zimmer dieses Stadtwortes ein, wo sie den Inhaber der Garage, den weit und breit bekannten Anarchisten Dubois, erschossen auffanden. Außer einer nicht tödlichen Verletzung am Oberkörper hatte sich der Anarchist eine unbedeutend tödliche Schußverletzung am Kopfe beigebracht, und war bereits tot, als die Polizeibeamten in das Haus eintraten. Der Banditenführer Bonnot lag in einem an dieses Zimmer angrenzenden Nebenzimmer und zwar sehr schwer verletzt, aber noch lebend. Er hatte sich, wie die Polizeibeamten sofort bemerkten, eine Kugel in den Kopf geschossen und damit eine unbedeutend tödliche Verletzung beigebracht. Als die Beamten erdarranen, versuchte außerdem Bonnot noch, sich zu befreien, hatte aber hierzu schon nicht mehr die Kraft. Nach behor er zudem sein Vorhaben ausführen konnte, hatte der Chef der Sicherheitspolizei, Herr Guichard, ihm eine zweite Kugel in den Kopf geschossen. Bonnot erlitt kurze Zeit darauf im Hotel Dieu, wohin er sofort von den Polizeibeamten getragen worden war. Als die vier Automobile, die die Leiche des Garagenbesizers Dubois und den schwerverletzten Bonnot aufnehmen sollten, vorfuhr, durchbrach die wütende Volksmenge den Polizeifordon und stürzte sich auf den toten und den tödlich verletzten Banditen. Gendarmen und Soldaten mußten die Volksmenge mit Knoblauch zurücktreiben.

Man weiß bis jetzt nicht genau, wie viele Banditen sich in dem Hause vor der Dynamitexplosion befunden haben müßten, und man geht von der Ansicht aus, daß schließlich doch mehr als die gedachten zwei darin gewesen sind. Es ist nicht unmöglich, daß sich noch einige Leichen von Automobilbanditen unter den Trümmern des Hauses befinden. Der Chef der Sicherheitspolizei Guichard erhielt die Mitteilung der Besetzung. Guichard verfuhr, nicht zu ruhen, bis auch die noch sich der Freiheit erfreuenden beiden anderen Automobilbanditen Bonnier und Tallet verhaftet worden seien. Alle Vermutungen der Pariser Polizei sind nämlich bis jetzt vergeblich gewesen und weder Zweifellos, noch das annehmbarste Spionverbrechen hat vermocht, die beiden bisher blühend zu machen.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach West. Ostwind	2. April	29. April	29. April
d. i. M. G. B. + 20 Pkt.	Pa. 21 Uhr	Pa. 21 Uhr	Pa. 21 Uhr
Lufttemper. (C) ...	+15.7	+11.9	+6.4
Lufttemper. (mm) über	744.8	741.1	742.4
Luftdruck (mm) ...	4.9	5.4	5.1
Luftfeuchtigkeit (%) ...	87	87	89
Wind (0-12) ...	WS 2	WS 2	WS 2
Wetter	kl. heiter	mäßig	bezw. kl. heiter

*) Zur Reduktion auf Meeresspiegel sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Spezial	Wasser	Reliefe	Trifig	Luftdruck	Wasser	Spezial
in	1/2	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser
29. 4. 1. 23. 0. 84. 2. 09	0. 20. 3. 20. 1. 04. 4. 4. 1. 99. 0. 96. 0. 68. 4. 94	1. 58. 0. 43. 1. 39				
28. 4. 1. 82. 0. 07. 2. 15	0. 24. 3. 80. 1. 14. 4. 48. 2. 16. 1. 03. 0. 73. 4. 90	1. 52. 0. 48. 1. 36				
Wasser 11. 88. 0. 98. 2. 12	0. 22. 2. 46. 2. 07. 4. 07. 2. 58. 1. 88. 1. 56. 5. 00	0. 14. 1. 88. 0. 45				

*) Auswertungsbüro i. Kottbus 3.50; für Treßler (Ober-) Obsektionen 3.27.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 29. April: Holzarbeiter-Verband. Versammlung im großen Saal. Klempner. Versammlung im Zimmer 1. Dreher. Versammlung im Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 1/2 Uhr im Zimmer 7. Dienstag, den 30. April: Glaserverband. Versammlung im Zimmer 5. Mittwoch, den 1. Mai: Maler-Versammlung. Vormittags 10 Uhr im großen Saal. abends 8 Uhr im großen Saal.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Achtung, Bezirksleiter! Die Abrechnung über den Monat April ist Montag, den 29. April, abends 8 Uhr, in den Bezirkslokalen, die Kontroll-Listen und die unverkauften Programmblätter mitzubringen. Der Vorstand.

Dienstag, den 30. April 1912.

Deutscher Reichstag.

48. Sitzung, Sonnabend, den 27. April, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: von Breitenbach.

Die zweite Beratung des Staats der Reichseisenbahn

wird fortgesetzt.

Abg. Hoffmann (Zent.) wünscht für die Arbeiterzüge mehr Wagen, damit sie nicht so stark überlastet sind, und befürwortet Besserstellung verschiedener Beamten- und Arbeitergruppen.

Minister von Breitenbach: Der Wunsch des Abg. Weill, die Verwaltung der Reichseisenbahnen ins Reichsland zu verlegen und dem Reich nur die Oberaufsicht in einer Summe zu geben, steht im Widerspruch mit dem Streben einer Eisenbahngemeinschaft. Der Abg. Weill erhofft damit eine Verminderung des Preisniveaus in der Verwaltung, das garnicht vorhanden ist, weil aber ist in der Verwaltung ein Preisniveau vorhanden. Ferner betone ich dem Abg. Weill gegenüber noch einmal den unerschütterlichen Standpunkt der Verwaltung, keine Vereine und Bestrebungen bei den Eisenbahnarbeitern zu bilden, die irgend welche Beziehungen zur Sozialdemokratie haben. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Will (Zent.) wünscht eine zweite Hauptlinie zur Entlastung der einzigen Bahnlinie Colmar-Mülhausen. Reformbedürftig seien auch die Freifahrten des Statthalterz. (Abg. Reiterhofes (Soz.): Er kriegt ja noch etwas dazu, 100 000 Mark Reisespesen!) Auch die Löhne der Unterbeamten und Arbeiter sind nicht zufriedenstellend und müssen erhöht werden.

Abg. Reiter (natl.) geht ausführlich auf die Verhältnisse der Beamtenkategorien ein. Besonders schlecht gestellt sind

die Werkführer, die Magazinassistenten,

die noch dazu eine verantwortliche Stellung innehaben. Die ungelerten Arbeiter in den Hauptstädten stehen weit besser als die Arbeiter in den Hauptmagazinen, und noch schlechter stehen Arbeiter in den Betriebsmagazinen. Die Adorarbeit müßte auf jeden Fall bei Reparaturarbeiten befristet werden. Die Nachtarbeit muß höher bewertet werden, als das heute geschieht. Die Errichtung des Höchstlohnes ist etwas sehr weit hinausgeschoben bis auf 24 Dienstjahre, sodas die meisten Arbeiter es mit 50 Jahren erreichen. Die Bahnunterhaltungsarbeiter sind die Stiefkinder der Verwaltung, sie haben die niedrigsten Löhne. Für die Krankenkassen wünscht man die Beseitigung der dreitägigen Karenz; und die Zulassung der beschränkten freien Arztwahl. Der Herabsetzung des Wahlbarkeitsalters zu den Arbeiterausschüssen sollte der Minister hoch zustimmen, ferner müssen die Ausschüsse auch die Befugnis haben, sich der Angelegenheiten Einzelner ausnahmsweise anzunehmen. Vor allem aber verlangt die Arbeiterpartei eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung. Bezüglich der Eisenbahner auf das Streikrecht, so können sie eine ausreichende Versorgung verlangen. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Werner (Wirtsch. Vgg.) vertritt spezielle Wünsche einzelner Beamtenkategorien.

Abg. Reiterhofes (Soz.): Für die oberen und mittleren Beamten brauchen wir nicht einzutreten; indem wir aber für die unteren Beamten und Arbeiter eintreten, erkennen wir ihre Leistungen vollkommen an. Der Minister meinte, von Hungerlöhnen könne nicht geredet werden und beruft sich darauf, daß die Löhne seit 1890 um 50 Prozent gestiegen sind, die Lebensmittelpreise seit 1875. Das beweist nichts; die Lebensmittelpreise sind seit dem neuen Zolltarif um 40 Prozent gestiegen. Die Eisenbahnverwaltung geht bei den Löhnen nicht von dem sozialen Bedürfnis der Leute aus. Wie elend die Lage der Leute ist, beweisen die zahlreichen Petitionen. 60 Prozent der Frauen der verheirateten Männer müssen mitterbedienen, um einigermaßen durchzukommen. Vielfach werden Schaffner als Lokomotivführer verwendet, ohne den Lohn des Zugführers zu erhalten. Das ist eine ganz unangebrachte Sparmaßnahme. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Infolge des Personalmanagements sind ganze Wagenladungen von Aesten zu Grunde gegangen, so daß gegen die Eisenbahnverwaltung eine Schadenersatzklage von 280 000 Mark angestrengt worden ist. Das Zentrum wird es interessieren, daß am sogenannten weißen Sonntag 16 Beamten keinen Urlaub bekommen, um mit ihren Kindern zur ersten Kommunikation zu gehen, weil kein Urlaub für sie da war. Als der Zar durch Elisch reiste, war genügend Personal zum Überwachungsdiens vorhanden. Ganz unzulässig ist, daß

wegen des Ausfalls der Wahlen,

der der Regierung nicht angenehm ist, die Beamten den Arbeitern gegenüber ein gereiztes Wesen zur Schau tragen. Die Dienstzeit sollte geistlich festgelegt werden. In der Schweiz hat man eine 35-jährige Ruhezeit; es geht also. Die Personaltaten sollten den Beamten wie in anderen Bundesstaaten, von Zeit zu Zeit zur Einsicht vorgelegt werden. Das Wichtigste wäre, den Beamten auch das freie Koalitionsrecht zu gewähren. (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn der Minister mit einer vornehmen Handbewegung es abgewiesen hat, daß keine Handlung Erpressung sei, so verweise ich darauf, daß Arbeiter, die sich desselben Vorgehens oder Verbrechens schuldig gemacht haben, wegen Erpressung verurteilt worden sind.

Vizepräsident Dove: Es ist unzulässig, daß Sie dem Staatsminister, wenn auch indirekt, Begehung eines Verbrechens vorwerfen.

Abg. Reiterhofes (fortfahrend): Ich finde das Vorgehen des Ministers unerhört und ungerecht. Von einer Verdrängung des Preußenhasses durch uns kann schon aus dem Grunde keine Rede sein, weil wir Sozialdemokraten überhaupt keinen Hass kennen. (Zust. bei den Soz.) Und wie sollten wir gerade die Preußen hassen, wo doch in Preußen 2 1/2 Millionen erwachsene Menschen für uns gestimmt haben. Aber mit unjener Kritik werden wir nicht einhalten, bis die elass-lohringischen Eisenbahnen wahre Musteranstalten sind. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Schiffer (Zent.): Die Sozialdemokraten wollen den Verleher lahm legen, das muß die Regierung im Auge behalten. Selbstverständlich wünschen wir keine Scharfmacherei. (Zuruf bei den Soz.: Was das keine Scharfmacherei sein soll!) Mit lokalen Mitteln muß die Regierung versuchen, sozialdemokratische Arbeiter fernzuhalten. Den Ausdruck Dungenlöhne kann ich nicht als berechtigt anerkennen. Das Wahlbarkeitsalter zu den Arbeiterausschüssen sollte auf 25 Jahre herabgesetzt werden, auch muß die Wirksamkeit der Ausschüsse ausgebaut werden. Es sollte ein Zentralarbeiterausschuß in Straßburg eingesetzt werden. Wir müssen den Arbeitern klar machen, daß die beste Vertretung ihrer Interessen nicht bei der Sozialdemokratie, sondern bei den bürgerlichen Parteien zu finden ist. (Bravo! im Zent.)

Minister von Breitenbach: Die Verwaltung ist lebhaft bestrebt, ihre sozialen Pflichten zu erfüllen. Fast sämtliche Arbeiterkategorien haben seit dem Aufsteigen der Konjunktur Lohn-erhöhungen von über 20 Prozent erhalten. Das Arbeitslohn soll so durchsichtig gestaltet werden, daß jeder Arbeiter weiß, was er verdient hat. Den Vorwurf des Abg. Reiterhofes, mein Vorgehen verfolge gegen die guten Sitten, kann ich mit Ruhe hinnehmen, denn ich habe bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen stets nur im Auge, dem Staatswohl und dem öffentlichen Interesse zu dienen. (Bravo! rechts.)

Abg. Wiedersheim (Loth.) bittet das Lothringische Erzgebiet besser an den Weltverkehr anzuschließen.

Damit schließt die Diskussion. Bei der Abstimmung über die Resolution Albrecht (Soz.) auf Bezahlung der Wochenfeiertage ist das Bureau über das Resultat zweifelhaft. Bei der

Abstimmung durch Pammelsprung stimmten 88 Abgeordnete mit ja, 48 mit nein. Das Haus ist also beschlußunfähig. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Fortsetzung des Etats der Reichseisenbahnen, Kolonialetat. (Schluß 4 Uhr.)

Preussisches Abgeordnetenhause.

58. Sitzung, Sonnabend, den 27. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch v. Dallwik, Solth.

Der Etat des Innern.

Abg. Hammer (konf.) hält die Mittelstandsrede gegen die jüdischen Hausierer etc. Dann faat er: Vor wenigen Jahren erst hat das führende freisinnige Blatt die Sozialdemokratie auf das Schärfste verurteilt und heute liegen Sie nach links) sich in den Armen. Die Abg. Liebknecht und Strödel haben ihr Volk beschimpft. (Gruete Rufe der Soz.: Fälschung! Lüge! — Abg. Dr. Liebknecht wird zur Ordnung gerufen.) Preußen marschier seit 159 Jahren in allem an der Spitze aller Staaten. (Abg. Dr. Liebknecht: Dreiklassenwahlrecht!) Es ist ein Jammer. Herr Dr. Liebknecht, daß Sie uns angehen. Sturm. Beifall rechts. — Abg. Liebknecht: Das schmerzt Sie eben! Höfentlich veranlassen die Reden und Jurale der Sozialdemokraten die bürgerlichen Parteien, eine Geschäftsordnung zu machen, die den Sozialdemokraten einen Raum anlegt. Machen wir es doch wie in Frankreich, wo unbotmäßige Abgeordnete nach drei Ordnungs-rufen nicht nur von gandseligen Tiraden hinausgeschleudert, sondern ihnen noch auf 6 Wochen die Türen entzogen werden. (Großer Beifall bei der Mehrheit. — Abg. Hoffmann: Standrechtlich erschaffen muß er werden! Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Weill (Zent.): An dem Uebermuthern der Kinos sind die teueren Theaterpreise schuld. Man sorge für öffentliche Volksvorstellungen! Die Verwaltungsbeamten müssen Rechts-schutz gegen ungerechte Pensionierung erhalten. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Plakat- und Kolportageparagrafen des alten preussischen Preßgesetzes geht uns zu weit. Aber wie steht es mit der vom Haus jetzt geforderten Aenderung? Ueber das Vereinsrecht haben wir eigene Anträge gestellt. Der Redner beklagt sich über Zurücksetzung der Katholiken bei Besetzung höherer Beamtenstellen, sowie über Benachteiligung von Zentrum-Anhängern bei Beförderung. Wir sind so Realisierend und national wie sonst einer. Warum hat Herr Radnische hier das Wahlrecht herangezogen?

Wohl weiß die Mehrzahl heranzurufen?

(Hört, hört! bei den Soz.) Beim Dreiklassenwahlrecht fährt das Zentrum so gut wie beim Reichstagswahlrecht. Wir haben an der Wahlreform kein parteipolitisches Interesse. Warum unterjocht Dr. Radnische nicht die Wirkung des Reichstagswahlrechts auf seine Partei? (Abg. Dr. Schupp: Ocht Sie nichts an!) Die Fortschrittler würden kein einziges Mandat erlangen. Sollten sie sich von der Rücksicht auf die äußerste Linke leiten lassen? (Abg. Schupp: Wie Sie selber auch!) Unsere Stellung zur Wahlrechtsfrage ist absolut klar, und das schon seit Wind-hock's Anträgen von 1871 (Lachen bei den Soz.) Sie wollen oder können uns nicht verstehen, aber das Volk ist über unsere Haltung im klaren. Wer die Sozialdemokratie noch nicht versteht, möge nur das Auftreten dieser Herren hier studieren, auch Professor v. Schmolzer und anderer Regierungsbeamte, der bei den Wahlen die Sozialdemokratie begünstigt hat. (Abg. Hoffmann: Tom zu Seyer!) In Solingen hat Abg. Scheidemann gesagt: „Wenn wir erst einmal die Mehrheit haben, werden wir die Regierung zum Leul fagen!“ Die Revisionisten sind viel gefährlicher als die Radikalen, mit denen sie im Subjekt übereinstimmen. Scheidemann hat ja auch die Fortschrittler gelobt (Hört, hört! im Zentrum.) und sie als zehnpandere Vorarbeiter der Sozialdemokratie bezeichnet. Wie recht also hatte Bismarck, als er

den Freisinn die Vorfrucht der Sozialdemokratie

nannte. Dort (auf die Soz. weisend) sitzen Ihre (zu de fortfuhr. Vp. Erben und das Traurigste ist, daß für dieses Erbe nicht einmal Nachschlüssel zu zahlen ist. (Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Unsere Haltung zur Wahlrechtsfrage war durch die Verhältnisse diktiert. Die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen war unmöglich. Da sagten wir nicht: „Alles oder nichts“, sondern wir sehen in der Politik die Kunst des Erreichbaren. Das ist unser Grundsatz. (Abg. Girsch-Berlin (Soz.): Grundsatz!) Wir arbeiten deshalb auf unüchteste Ausdehnung und populäre Erweiterung des Wahlrechts hin. Das Dreiklassenwahlrecht wäre ja auch durch unsere Beschäfte bedeutend verbessert worden. (Lachen bei den Soz.) Das Herrenhaus verurteilt aber die Vorlage so, daß wir vorzogen, einen besseren Zeitpunkt abzuwarten. Mit einer Annahme des geheimen und direkten Wahlrechts hier im Hause haben wir doch noch kein neues Wahlrecht, sondern nur einen Torio, denn für das gleiche Wahlrecht ist keine Mehrheit da und die Anträge, die auch dieses enthalten, fallen. Wir hatten unverbrüchlich seit an der Dritteilung in den Wahlbezirken, die allein die unerträgliche plutokratische Wirkung des Dreiklassenwahlrechts mildern und den Wählern die Unbequemlichkeiten dieses Wahlrechts erträglich machen. Der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen stehen keine schlimmeren Feinde im Wege als die Sozialdemokraten. (Lachen b. d. Soz.) Das unerhörte Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten hier muß die Gegnerschaft gegen das Reichstagswahlrecht bei Regierung und Landtag stärken. (Beifall b. d. Mehrheit. — Zurufe der Soz.: Was geht denn das Sie an? Williges Argument! Da wird Ihnen das Kapital dankbar sein!) Der Redner protestiert gegen das „störende“ Auftreten der Sozialdemokraten. Wir wären ein Kinderspiel, wenn wir uns diesen Terrorismus gefallen ließen. (Beifall b. d. Mehrheit.) Es gibt keine Zentrumsvereine. In schwerer Stunde haben die christlichen Gewerkschaften die Ehre der deutschen Stände gerettet. (Sturm. Beif. b. d. Mehrheit. — Lachen b. d. Soz.) Verleumdungen und sozialdemokratischer Drahtzieherterrorismus konnte ich nicht abhalten, den ganz ungewerkschaftlichen Streik (Zurufe der Sozialdemokraten: Zu berechnen!) Die Parlamentarierhandlungen haben mit einer geschmeizelten Niederlage der Sozialdemokraten geendet. (Lachen der Sozialdemokraten.) Gegen die Verleumdungen und Beschimpfungen der Sozialdemokratie kann ich nur mit Waidel sagen: Den Ton unserer Verachtung werden sie niemals erreichen! (Lachen und erregte Zurufe der Sozialdemokraten. Beifall rechts und im Zentrum.)

Minister des Innern v. Dallwik legt dar, daß die Stadtverordnungen von Steglitz sich durch die notwendigen Verhandlungen mit dem Kreis Teltow verzögert haben. Eine Aenderung des bestehenden gesetzlichen Zustandes ist nicht nötig, denn er hat Lichtenberg und Wilmersdorf das Ausschneiden aus den Land-freien sehr gut ermöglicht. Dann erwidert der Minister auf die Beschwerden des Abg. Hammer über Hausierhandel und Wander-lager. Der Minister sucht dann zu beweisen, daß keinerlei Ver-zögerung Akarikonserativer im Beamtenamt stattfindet. Die Konfession spielt überhaupt keine Rolle. Die Zahl der nicht-adeligen Aftseoren ist ein Beweis für das, was ich sage. Und die Kreise schlagen eben oft Uebelge zu Landräten vor. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Woyna (freisinn.): Die Besetzung der Beamtenstellen erfolgt nur nach der Tüchtigkeit der Kandidaten. So allgemeine Klagen wie vom Abg. Weill oder den Liberalen können nicht erhoben werden. Je mehr manche Regierungen oder sogar Dynastien vor der Demokratie zurückweichen, um so dankbarer sind wir für die stramme Zurückweisung der Demokratie durch Preußen. Friedberas Rede erinnerte in ihrer treu-preussischen Kr-

an Bennigsen und die besten Zeiten des preussischen Liberalismus. (Abg. Hoffmann: Herr Friedberg, wird Ihnen nicht bange bei diesem Lob? — Heiterkeit.) Herr v. Joditz wollte die Freisinnigen nicht beleidigen. Das Volk interessiert sich nicht um der politischen Streit hier. (Abg. Hoffmann: Haben Sie die Meinung vom Volk?) Das Volk interessiert sich für die Verwaltungsreform.

Die preussische Ruhe, Ordnung und Stetigkeit,

die von unzähligen Fremden bewundert wird, ist unserer vor-zurechtlichen Verwaltung zu verdanken. Jeder, der sich anständig benimmt, kann hier ungehindert seinen Geschäften und seinen Vergnügen nachgehen; aber wer sich nicht anständig benimmt, den tritt die Hand der Polizei. (Abg. Hoffmann: Siehe Gülen-burg! — Große Heiterkeit, auch auf den Tribünen.) Die Mittel-stänner sind ein vortreffliches Material, sie müssen aber für die Verwaltung und Polizei länger als bloß sechs Monate vor-gelassen werden. Der Redner reat ein berufständisches Wahlrecht an. Die Sozialdemokraten würden sich ihr Grab selbst graben. (Abg. Dr. Hoffmann (natl.): Der

Landrat Dr. Engelmann in Wehlau

ist nicht nur als konservativer Wahlreformer aufzutreten, sondern er hat erklärt: „Wenn ich Wirt wäre, würde ich mein Lokal nur den Konservativen zur Verfügung stellen.“ Und er hat öffentlich für die Wahl des konservativen Abg. Graf Carmer den Dank des Landrats ausgesprochen. Das Zentrum hat in der Tat 1910 auch die Annahme des geheimen und direkten Wahlrechts abgelehnt, wegen der „Haltung der Regierung und der Konservativen.“ Es geschah aber, weil dem Zentrum die Freundschaft der Konservativen wichtiger war als seine Wahl-rechtsgrundlage. Wir wünschen nicht die Umwahlbezirksteilung, die nur zu Gunsten des Zentrums und zu uneren Ungunsten ist, aber keine weg den plutokratischen Charakter des Wahlrechts abschafft. Je länger die Wahlreform aufgeschoben wird, desto ra-hil-e werden ihre Forderungen. Unter dem Reichstags-wahlrecht würde Zentrum und Sozialdemokratie hier im Zentralismus vollständig ausschalten. — Abg. Girsch hat selb-st einmal zugegeben, daß die Sozialdemokraten Wahlterrorismus üben. (Abg. Girsch bestreitet dies.) Der Redner wünscht dann Maßnahmen gegen die Anpreiung von Mitteln gegen die Empfängnis durch die billige Berliner Presse und die General-Auslagen. Diese Maßnahmen sind unerlässlich, denn die Geburten nehmen unnatürlich rasch ab. Wenn Abg. Hammer uns zum Zusammenarbeiten mit den Konservativen auffordert, so verweise ich darauf, daß sie unsere Anstrengungen nach der Finanzreform zurückweisen. In der „Kreuzzeitung“ wird unser Abgeordneter Dr. Krause, wegen angeblich veräurter Ordnungsrufe gegen Dr. Liebknecht, in unerhörter Weise angegriffen. Unsere Presse hat den Dr. v. Sendebrand nie so angegriffen, wie ihre den Abg. Wasserfarn. Wir bebauern aber sehr diese Klust! (Beif. links.)

Abg. Dr. Radnische (Vp.): Ich habe nicht alle Landräte angegriffen, nicht generalisiert. Aber der Minister hat mit väter-licher Milde über die Mißgriffe gebröhen, am Recht lag ihm weniger. Welchen Grund zu der Selbstherrlichkeit, den Zeitpunkt der Wahlreform zu bestimmen, hat gerade diese Regierung? (Sehr gut! links. — Lachen rechts.) Ihre Politik, das erleben Sie ja immer mehr, radikalisiert nur die Massen. Wir fordern die Wahlreform immer wieder, damit sich diese Wunde am Volks-körper endlich schliesse. Durch die Zustimmung zur Umkehrung der Wahlreform hat die Regierung dem Versprechen der Thron-rede zuwidergehandelt. Als eine der

wichtigsten Aufgaben der Gegenwart

— nicht einer fremden Zukunft — wurde die Wahlreform be-zeichnet! (Sehr wahr! links.) Sie (nach rechts) greifen unter zur Korrektur der Wahlkreiseinteilung geschlossenes Stichwahl-abkommen in blindem Eorn an, denn Sie sind ja die Leid-tragenden! (Lesh. Beifall links.)

die Königsberger Stichwahlbedingungen des Herrn v. Seydebrandt

das meiste beigetragen: diese Wilschuna von Rautschul und Dynamit. Die Haltung unseres Zentralvorstandes ist gebilligt und qualifiziert worden von unserer ganzen Partei und unseren Wählern. Indirekt haben Sie alle bei den Stichwahlen die Sozialdemokratie begünstigt! Ihre Stimmenthaltung hat die Sozialdemokratie siegen lassen.

Abg. Schulz-Belkam (konf.): Und was haben Sie getan? Jetzt rede ich ja von Ihnen! (Gr. Heiterkeit links.) In Varel-Jeder werden wir ja Ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie sehen! Unser Wesen ist durch das Stichwahlabkommen nicht verändert. Abg. v. Joditz hat selbst einen Aufruf erlassen, in seinem Stich-wahlkreis einen Fortschrittler zu unterstützen. (Abg. Hoffmann: Sünden seid Ihr allzumal!) Und wie hat Bismarck dem selbstellos gehässigen, unnationalen, getadelt staatsfeindlichen Kampf der Konservativen, ihr Vertragen beim Ausbau der Reichs-verfassung geschildert. Wir mißbilligen jede Ausrichtung um des Parlaments und der Sache willen, der Uebermaß nur schaden kann. Wesen die unparteiische und gleichmäßige An-wendung der entsprechenden Maßregeln (Zuruf links: Daran fehlt es eben hier!) wird niemand etwas haben. Über hier darf nicht die Rücksicht sprechen, sondern die kluge Ueberlegung und Besonnenheit! (Beifall links.)

Abg. Stroffer (l.): Der Kampf gegen die Unfähigkeit muß noch schärfer werden. In Berlin werden im Jahre mehr Leute überfahren, als mit der „Titanic“ untergegangen sind. Berlin hat die schlechtesten Straßenbahnen in Deutschland. Zwischen Fortschrittler und Sozialdemokraten können die Konservativen keinen Unterschied machen. Beide sind gleich schlimm, deshalb ist unsere Stimmenthaltung etwas ganz anderes, wie das Bündnis des Freisinn. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Es folgen persönliche und Geschäftsordnungsbemerkungen.

Abg. Girsch-Berlin (Soz.): Der Abg. Hoffmann hat be-hauptet, daß ich in meiner Rede vom 31. Oktober 1908 den sozialdemokratischen Terrorismus hier im Hause gebilligt hätte. Ich habe in dieser Rede zugegeben, daß die Sozialdemokraten bei den Wahlen einen gewissen Terrorismus geübt haben, aber von einer Billigung des Terrorismus war gar keine Rede. Im Gegenteil habe ich mich bemüht, nachzuweisen, daß wir Terroris-mus nur getrieben haben, aus einem Akt der Noth. Ich habe in dieser Rede nachgewiesen, daß auch die Regierung und die bürgerlichen Parteien Terrorismus üben und habe mich am Schluß ausdrücklich als Gegner des Terrorismus bekant, indem ich wirklich gesagt habe: „Wollen Sie mit uns den Terrorismus bekämpfen, so soll es uns recht sein; wir werden uns in diesem Kampf als treue Bundesgenossen erweisen.“ (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Abg. Stroffer hat vorhin gesagt, es gäbe auch heute noch moderne Raubritterburgen, wo die Leute sitzen, die Millionen aus den Taschen des Volkes ziehen. Wahrheitsgemäß um das Niveau des Hauses zu heben, hat er hinzugefügt, wenn mein Freund Liebknecht diese Burgen nicht lenne, so möge er sich an mich wenden. Damit hat Abg. Stroffer mir verbündet vorgeworfen, daß ich mit Leuten etwas gemein habe, die dem Volke Millionen aus der Tasche ziehen. (Widerpruch rechts.) Ober aber es handelt sich um eine ganz gewöhnliche, anti-

